ATZE

Antifaschistische Zeitung Kiel - Nr. 11

Nazis und Golfkrieg
Unitarier und die "pumpe"



Liebe Leserin, Lieber Leser,

seit Wochen beschäftigt viele Menschen fast nur noch ein Thema: der Krieg am Golf. Die - angesichts tausender Toter - ekelhaften Sieges-meldungen des US-Oberkomman-dierenden aus den ersten Tagen klingen uns noch in den Ohren; noch hat das Morden kein Ende gefunden. Auch von uns haben sich einige aktiv an den Protesten gegen die Aggression der NATO-Truppen beteiligt. Diese ATZE erscheint daher etwas später als ursprünglich geplant. Wir hoffen auf Verständnis und sind gleichzeitig der Meinung, daß die Breite der in diesem Heft angebotenen Themen ein angemessener Ausgleich ist. Einigen mögen die Themen Neofaschismus und Rassismus angesichts der Ereignisse im Nahen Osten nebensächlich scheinen. Und dennoch sind die Verbindungslinien vielfältig. Wird der Golfkrieg als innenpolitische Hatz auf AraberInnen (s)einen Niederschlag finden? Können Konservative, Reaktionäre und RassistInnen „den Islam" zukünftig als Schreckgespenst an die Wand malen? Wird es Versuche von dieser Seite geben, die Antikriegsbewegung zu beeinflussen oder auszunutzen?

Einen ersten Artikel und einen Kommentar zu diesem Themenkomplex findet Ihr in dieser Ausgabe. Wir hoffen, daß auch die anderen Artikel Euer Interesse und Eure Aufmerksamkeit finden.

Atze

Antifaschistische Zeitung
Kiel, Schweffelstraße 6,
2300 Kiel.
Bankverbindung:
S. Petersen
Kto.-Nr.: 475383-204
BLZ.: 200 100 20
Postgiroamt HH

Auflage:800, Ausgabe-Nr. 9,
Juni-August 1990.
V.i.S.d.P.: Wolfgang Petersen
Preis: 2 DM

Inhaltsverzeichnis

P.S.:Das Titelblatt ist eine Fotomontage

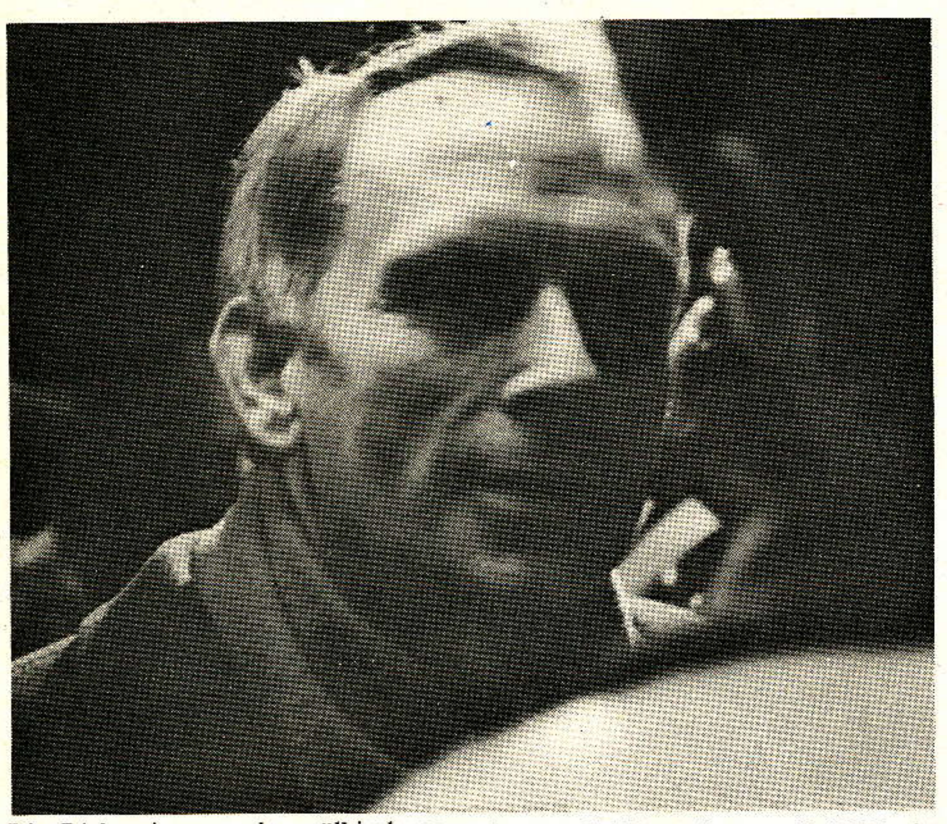
Liebe LeserInnen,

der Kern des folgenden ist zwar das Gejammer einer tendenziell überlasteten Zeitungsredaktion, die über moralischen Druck versucht Euch ein Stück ihrer Arbeit zuzuschanzen, aber lest es Euch trotzdem durch; es ist nicht übertrieben viel, was wir von Euch wollen. Also, es geht los:
Seit Oktober 1988 ist dies die 9. „Atze" in der jetzigen Form. Zunächst als Zeitung des „Antifaschistischen Plenums" erschienen, wird sie seit Dezember 1989 von einer unabhängigen Redaktion herausgegeben. Die Auflage wurde von 400 Exemplaren am Anfang auf zur Zeit 800 Stück gesteigert. Wir schaffen es auch gerade eben, daß die Zeitung sich finanziell trägt. Schöner wäre es natürlich, wenn sie ein wenig Geld abwerfen würde, so daß wir die Möglichkeit hätten, das Erscheinen der Zeitung finanziell für zwei Ausgaben zu sichern, gezielt Aktivitäten anti-faschistischer Gruppen zu unterstützen, oder auch eigene Recherchen evtl mit Fahrtkostenzuschüssen zu erleichtern.
Um diesem Ziel näherzukommen, möchten wir vor allem die Zahl der AbonenntInnen steigern. Zum einen, um längerfristig gesicherte Einnahmen zu haben, zum anderen um etwas unabhängiger vom Handverkauf zu werden, durch den der größte Teil der „Atze" unter die Leute gebracht wird.
Das war das eine. Das andere wäre zum Beispiel bei (Zahn)ÄrztInnen oder AnwältInnen, die ihr ja auch ab und zu mal aufsuchen müßt, anzufragen wie es mit einem Abo aussieht. Am besten wäre natürlich, ein Abo verbunden mit der Auslage in den Wartezimmern. SchülerInnen könnten, sofern ihnen das keine schulischen Schwierigkeiten bereitet, ihren tendenziell fortschrittlichen LehrerInnen nahelegen, die „Atze" regelmäßig zu beziehen. Kostenlose Werbeexemplare könnt ihr bei euren HandverkäuferInnen oder auch im Buchladen Zapata erhalten. Oder ihr schreibt an unsere Adresse und ordert die benötigten Exemplare an.
Noch etwas. Falls ihr irgendwelche Läden wißt, die bereit wären, die Zeitung zu verkaufen, könnt ihr uns gerne benachrichtigen.

Wichtig:
Für ein Abo überweist ihr 15 DM (4 Ausgaben) auf unser nebenstehendes Konto. Den Zusatz Sonderkonto A nicht vergessen!

Falls sich die eine oder der andere diese Anregungen nicht nur zu Herzen nimmt, sondern auch handelt, dankt im voraus das Finanzreferat und SympathiesantInnen aus der Redaktion.

Deutsche Unitarier -
Immer mehr in der öffentlichen Kritik



Die Diskussion um den völkisch-rassistischen Charakter der „Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR) zieht immer weitere Kreise. Zu dieser Entwicklung hat eine Aktion maßgeblich beigetragen, die Mitte Januar von verschiedenen antifaschistisch tätigen Gruppen, darunter das ANTIFASCHISTISCHE FORUM KIEL, durchgeführt wurde. Worum ging es?

Für den 14. Januar 1991 hatte die „pumpe" Wolfgang Deppert in seiner Eigenschaft als Privatdozent an der Universität zu einem Vortrag eingeladen. Etwa vier Wochen vorher trat das ANTIFASCHISTISCHE FORUM an den Verantwortlichen in der „pumpe" heran und wies auf die Tätigkeit Depperts bei der DUR und deren völkisch-rassistischen Charakter hin. Zunächst sah auch alles nach einer Absage der Veranstaltung - wie vom ANTIFASCHISTISCHEN FORUM vorgeschlagen - aus. Doch dann besann sich die Geschäftsführung der „pumpe" nach einem Eingreifen Depperts anders. Von nun an wurde an der Veranstaltung festgehalten, obwohl - so wurde jedenfalls immer betont - die Vorwürfe gegen die DUR sehr ernstgenommen würden.

Wenige Tage vor der geplanten Veranstaltung traf sich der Vorstand der „pumpe" zu einer planmäßigen Sitzung. Auch dessen Mitglieder wurden von AntifaschistInnen auf den völkisch-rassistischen Charakter der DUR und die vielen personellen Überschneidungen zum bundesdeutschen Neofaschismus aufmerksam gemacht. Doch die Hoffnung, der Vorstand möge die Entscheidung der Geschäftsführung korrigieren, erfüllte sich nicht. Mit Mehrheit stimmte der Vorstand dem „Doppelbeschluß" der Geschäftsführung der „pumpe" zu und übernahm auch dessen Begründung.

Der problematische „Doppelbeschluß" der „pumpe"

Dieser sah vor, die Veranstaltung mit Wolfgang Deppert wie geplant durchzuführen und wenige Wochen später eine Podiumsdiskussion über die Vorwürfe stattfinden zu lassen, bei der je ein/e Vertreter/in von DUR und Antifaschistischen Gruppen auf dem Podium sitzen sollte. Begründet wurde diese Festlegung damit, daß die Kritik an der DUR sehr schwerwiegend sei, also massiver Aufklärungsbedarf bestehe, Herrn Deppert persönlich jedoch niemand rechtsextreme Gesinnung nachweisen könne. Und außerdem sei er ja nicht als Mitglied der DUR, sondern als Hochschullehrer geladen gewesen.

Eine solche Begründung war und ist nicht nachvollziehbar. Sie läßt vor allem Depperts hervorgehobene Tätigkeit bei der DUR völlig außer acht. Er steht als Leiter des Geistigen Rates an der Spitze des DUR-Gremiums, das sich mit theologisch-weltanschaulichen Fragen befasst. Er tritt in der Öffentlichkeit als Unitarier auf und weist alle Vorwürfe zurück, d.h. er stellt sich vorbehaltlos vor die FaschistInnen und RassistInnen, denen die DUR in der Vergangenheit so reichlich Gelegenheit zur Selbstdarstellung gegeben hat. Schließlich beteiligt er sich an der persönlichen Diffamierung und juristischen Verfolgung der Kritiker aus den antifaschistischen Initiativen. Die von der Mehrheit der Verantwortlichen in der „pumpe" getroffene Unterscheidung zwischen dem DUR-Streiter Deppert und dem Wissenschaftler ist unzulässig.

Eine Veranstaltung findet nicht statt

Nachdem auch der Versuch gescheitert war, über den Vorstand der „pumpe" zu einer Absage, zumindest jedoch zu einer zeitlichen Aussetzung der Deppert-Veranstaltung zu kommen - die so gewonnene Zeit hätten einige in der „pumpe" ja dazu nutzen können, sich noch einmal eingehen-der mit den gegen die DUR erhobenen Vorwürfen zu beschäftigen - , wurde von AntifaschistInnen am Abend des 14. Januar die Besetzung des Versammlungsraums organisiert. Während Herrn Deppert der Zutritt verwehrt wurde, bestand für all diejenigen, die ursprünglich ihn sehen wollten, an diesem Abend die Möglichkeit, sich über die Nazi-Sekte „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" zu in-

formieren. Ein Teil der BesucherInnen nahm diese Gelegenheit wahr.

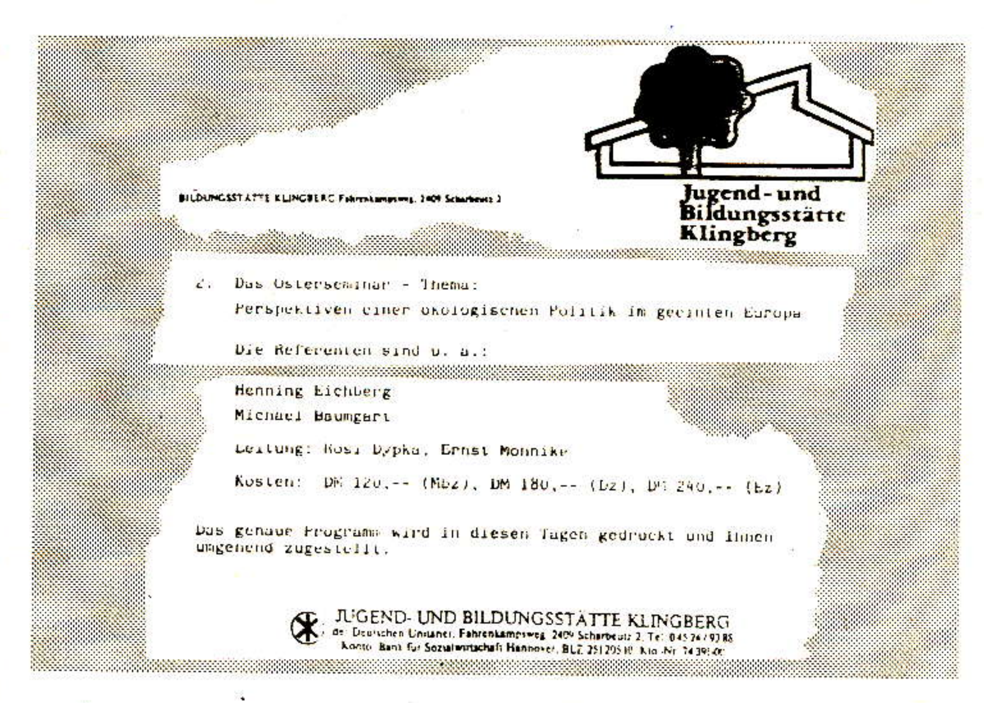
Andere zogen es vor, Herrn Deppert selbst zu befragen. Hilfe leistete ihnen dabei ein von AntifaschistInnen an diesem Abend verbreitetes Flugblatt, in dem anhand einiger Beispiele die personellen Verbindungen der DUR zum bundesdeutschen Rechtsextremismus aufgezeigt wurden. Es erscheint zweifelhaft, ob es ihm gelungen ist, die Bedenken tatsächlich zu entkräften.

In den Tagen danach gingen bei der „pumpe" allerdings auch Briefe ein, in denen sich darüber beklagt wurde, daß die Deppert-Veranstaltung nicht habe stattfinden können. Auch einige ParteienvertreterInnen wurden aufgefordert aktiv zu werden. Schließlich wurde gar der Ruf nach Sanktionen gegen das ANTIFASCHISTISCHE FORUM laut.

Über diese Entwicklung und den zugrundeliegenden Konflikt sprachen Ende Januar zwei Vertreter der Antifaschistischen Gruppen, die die Aktion zwei Wochen vorher durchgeführt hatten, mit verantwortlichen und interessierten MitarbeiterInnen der „pumpe".
Auch wenn die Positionen im Grundsätzlichen nicht zusammengebracht werden konnten - die Verantwortlichen der „pumpe" beharrten darauf, die Veranstaltung mit dem Wissenschaftler durchführen zu wollen sei richtig gewesen und sie würden sich solche Entscheidungen nicht vorschreiben lassen wollen; die Vertreter der Antifaschistischen Gruppen wiesen erneut darauf hin, daß in einem Zentrum mit antifaschistischem Selbstverständnis führende Vertreter faschistischer oder rassistischer Organisationen nun mal keine Auftrittsrechte hätten und die „pumpe" entsprechenden eigenen Beschlüssen auch hätte nachkommen müssen - war man sich einig, daß eine Absetzung solcher Veranstaltungen möglichst bereits im Vorfeld durch ausführliche Gespräche zu erreichen sein müsste.

Eine Presseerklärung und die Folgen

Umso mehr Erstaunen rief die Tatsache hervor, daß von der „pumpe" Anfang Februar eine Presseerklärung versandt wurde, die bereits vor dem gemeinsamen Gespräch verfasst worden war und die Form



BILDUNGSSTÄTTE KLINGBERG Fahrenkampsweg, 2409 Scharbeutz 2

Jugend- und Bildungsstätte Klingberg

2. Das Osterseminar - Thema:

Perspektiven einer ökologischen Politik im geeinten Europa

Die Referenten sind u. a.:

Henning Eichberg
Michael Baumgart

Leitung: Rosi Dypka, Ernst Mönnike

Kosten: DM 120,-- (MBZ), DM 180,-- (DZ), DM 240,-- (EZ)

Das genaue Programm wird in diesen Tagen gedruckt und Ihnen umgehend zugestellt.

JUGEND- UND BILDUNGSSTÄTTE KLINGBERG
der Deutschen Unitarier, Fahrenkampsweg, 2409 Scharbeutz 2
Konto: Bank für Sozialwirtschaft Hannover

und Inhalt des Gesprächs in wichtigen Passagen unberücksichtigt läßt. Unter der Überschrift „Antifa-Gruppen verhindern Diskussion" nutzten die „Kieler Nachrichten" am 8. Februar diese Erklärung der „pumpe", um den Eindruck zu vermitteln, die AntifaschistInnen seien an einer Aufklärung über den völkisch-rassistischen Charakter der DUR gar nicht interessiert und entzögen sich einer öffentlichen Diskussion.

Die Tatsachen sind freilich andere: als Teil 2 des „pumpe"-Doppelbeschluß war eben jene Diskussionsveranstaltung geplant gewesen. Sie wurde in das Programmheft der „pumpe" aufgenommen, bevor bei AntifaschistInnen um deren Beteiligung gebeten wurde. Nach intensiver Diskussion wurde die Anfrage der „pumpe" abgelehnt, da es als unerträglich empfunden wird, sich mit führenden VertreterInnen von faschistischen oder rassistischen Organisationen gleichberechtigt auf ein Podium zu setzen, auf dem dann diskutiert wird, was denn an der einen oder der anderen Ansicht richtig sein könnte. Faschismus und Rassismus sind jedoch verbrecherische Ideologien - sie müssen ausgegrenzt und isoliert werden.
Die Entscheidung der AntifaschistInnen, die von der „pumpe" vorgeschlagene Form einer Veranstaltung zur DUR nicht zu akzeptieren, hat nicht das geringste mit „Tabuisierung" zu tun, wie von einigen Verantwortlichen der „pumpe" behauptet. Im Gegenteil: bisher wird nur von dieser Seite eine Aufklärung über die DUR betrieben. Und sie wird fortgesetzt: das wurde nicht nur am 14. Januar betont, sondern auch im Gespräch mit dem pumpe"-Personal Ende Januar hervorgehoben.

Isolierung völkisch-rassistischer Ideen notwendig

Aus diesem Grund wird die antifaschistische Aufklärungs- und Informationsarbeit über die DUR in nächster Zeit verstärkt. Das gilt auch für den Bereich des schleswig-holsteinischen Landesverbandes des DPWV. Die dort stattfindenden Debatten über den Charakter der DUR und einen möglichen Ausschluß werden von antifaschistisch tätigen Gruppen ab sofort stärker unterstützt werden.

Gewisse Erfolge sind unübersehbar. Inzwischen verzichtet die Hamburger DGB-Bildungseinrichtung Arbeit und Leben" auf die Nutzung der von der DUR betriebenen Jugendbegegnungsstätte Klingberg in Ostholstein, und der Abteilungsleiter im Jugendamt der Stadt Kiel, Herr Mais, hat in einem persönlichen Gespräch überzeugend deutlich gemacht, daß er mit der DUR wegen deren völkisch-rassistischer Einschläge nichts mehr zu tun hat.

Einen neuen Beweis auch für ihre Zusammenarbeit mit Faschisten liefert die DUR gerade in den Tagen des Erscheinens dieser ATZE. Zu einem Seminar in die Jugendbegegnungsstätte Klingberg wurde ein führender Vertreter des national-revolutionären Faschismus, Henning Eichberg, eingeladen.

Kronsburg, 19.1.1991: Skinüberfall auf Sinti-Familien

Am Abend des 19.1.1991 gegen 21 Uhr zogen wieder einmal etwa 25-30 Mitglieder einer seit Jahren bekannten Skin-Gruppe, offensichtlich angetrunken, durch Kronsburg. Die Jugendlichen im Alter von 13 bis 25 Jahren, unter ihnen auch einige Mädchen, gröhlten Parolen, wie „Deutschland den Deutschen" und „Ausländer und Zigeuner raus" und marschierten von einem ihrer Treffpunkte den Kieler Kamp hinunter. Ihr Ziel waren diesmal zwei Häuser in der Kniestraße, in denen vier Sinti-Familien lebten. Diese hatten inzwischen das Nahen der Skin-Gruppe bemerkt, sich in die Häuser zurückgezogen und Türen und Fenster verschlossen. Ihr Glück war, daß gerade Verwandte zu Besuch waren und so einige Personen mehr im Hause waren. Als die Skins sich dort versammelten und versuchten gewaltsam in die Häuser einzudringen, flüchteten Frauen und Kindee schreiend und in Panik in die Räume im oberen Stockwerk. Zeit, die Polizei zu alarmieren, blieb den Familien nicht. Aus Angst, die Skinheads könnten wirklich in die Wohnung gelangen und über Frauen und Kinder herfallen, beschlossen die Sinti hinauszugehen. Einer öffnete die Tür und stürmte heraus, weitere folgten ihm. Die Skins bewaffneten sich mit Latten und Brettern, die sie bei einem Nachbargrundstück vom Jägerzaun bzw. von der Einfriedung der überfallenen Häuser gerissen hatten, und versuchten auf sie einzuschlagen. Außerdem bewarfen sie sie mit Steinen, wodurch einer der Sinti am Kopf verletzt wurde. Trotz der Übermacht der Skins gelang es den Sinti, sie langsam abzudrängen. Zwischenzeitlich hatte ein Nachbar, der den Überfall beobachtet hatte, die Polizei alarmiert; nach eigenen Aussagen hatte er sich aber nicht getraut hinauszugehen und den Sinti zu helfen. Bevor die Polizei eintraf, was nach Meinung der Betroffenen relativ lange dauerte, fielen noch mehrere Schüsse. Außerdem drohten die Skins, die Kinder der Sinti auf dem Schulweg zu überfallen. Die Polizei nahm dann den Vorgang auf, die Sinti stellten Strafantrag.

Noch in derselben Nacht verließen die kinderreichen Familien die Häuser und zogen zu Verwandten in anderen Stadtteilen. Aus Angst, daß sich solche Überfälle wiederholen oder in der Tat ihre Kinder auf dem Schulweg überfallen werden könnten, haben sie beschlossen, nicht wieder in ihre Häuser zurückzukehren. Zur Zeit wohnen sie noch bei ihren Verwandten, können aber dort nicht bleiben, da die Wohnungen zu klein sind und sich z. T. 12 Personen in einer 3-Zimmer-Wohnung arrangieren müssen. Von seiten der Stadt wurde einer Familie eine Unterkunft im AsylantInnenheim angeboten, einer weiteren vorüberghend ein Haus an der B 502, dessen Abriß aufgrund des bisher ungeklärten Ausbaus der Bundesstraße verschoben wurde. Diese Übergangslösungen haben die Betroffenen und der Landesverband Deutscher Sinti und Roma abgelehnt, da sie nach dem gezielten Überfall in Kronsburg ihre Sicherheit nur gewährleistet sehen, wenn sie mit mehreren Familien in enger Nachbarschaft leben.

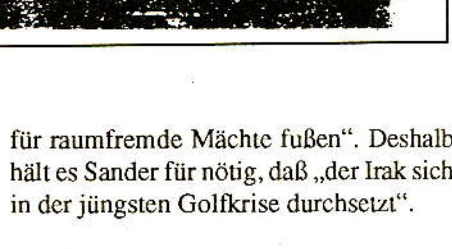
Verharmlosung durch die Polizei

Mit dem „Auftreten von Skinheads in Kronsburg" hat sich auch der Ortsbeirat in seiner Sitzung am 19.2.1991 befaßt. Dazu war Herr Kramm, Leiter des für Kronsburg zuständigen 4. Polizeireviers, die betroffenen Sintifamilien und Emil Weiß als Vertreter des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma eingeladen. Zuerst erhielt Herr Kramm das Wort, der weitläfig das „Problem der Jugendgruppe" seit 1989 ausführte. Seine einleitenden Ausführungen und Beiträge in der anschließenden Diskussion waren dadurch gekennzeichnet, das „Problem" herunterspielen zu wollen. Das Verhalten der Skins sei nicht politisch motiviert. Zwar habe sich der Rädelsführer der im Herbst 1990 etwa 50 Personen starken Gruppe schon früher rechtsradikal geäußert, aber er, Kramm, glaube nicht, daß er es auch wirklich war. Im November/Dezember 1990 habe es Beschwerden von AnwohnerInnen des „Rosenecks"(eine Gastwirtschaft, in der sich die Skins treffen) gegeben über Lärmbelästigungen. Auch seien „eindeutige Lieder und Parolen" zu hören gewesen, danach sei aber wieder Ruhe eingetreten. Überhaupt gäbe es „in Kiel nur vier oder fünf Neonazis. Mit denen haben sie nicht mal Kontakt." Überhaupt habe er nicht „so einen negativen Eindruck von den Jugendlichen". Die Ereignisse des 19.1. seien für ihn nicht mehr so eindeutig. Ein paar Tage später habe sich der Sachverhalt anders dargestellt als bei der ersten Aufnahme. Nach dem 19.1. seien jedes Wochenende Polizisten im Stadtteil unterwegs gewesen, es sei nichts Auffälliges mehr festgestellt worden. Fazit Kramms: „Dies war eine Entgleisung von Sonnabendabend." „Wenn es überhaupt ein Problem Skinheads gab, ist es jetzt nicht mehr feststellbar." „Eine Gefährdung ist zur Zeit nicht gegeben." Objektiv liege - nach Kramm - kein Grund für das Verlassen der Häuser vor. Emil Weiß, der Vertreter der Sinti, sprach sich gegen ein Herunterspielen des „Problems" aus. Der Überfall sei eine zielgerichtete Handlung gewesen und die Angst der Betroffenen berechtigt.

Im Verlauf der Diskussion äußerten einige BürgerInnen aus Kronsburg ihre Betroffenheit und erklärten, daß auch sie bzw. ihre Kinder Angst vor Migliedern dieser Skingruppe hätten, einige forderten die Sintis auf, sich nicht so vertreiben zu lassen und nach Kronsburg zurückzuziehen. Sie äußerten z. T. ihre Bereitschaft, die Sinti unterstützen zu wollen.

Aus der Diskussion ergab sich als vorläufig erste Maßnahme die Einrichtung eines Gesprächskreises, in dem Mitglieder des Ortsbeirates, KronburgerInnen und Sinti vertreten sein sollten. Auch erwägt der Ortsbeirat die Möglichkeit, an die Stadt heranzutreten zur Einführung von Straßensozialarbeit in Kronsburg und/oder zur Schaffung von Jugendfreizeiteinrichtungen.

Die Deutsche Rechte drückt Saddam Hussein die Daumen

KEINE KARNEVALS-AUSGABE!

Quer-schläger

AALAF & HELAU!!

Bomben auf Israel

Ethnopluralismus, Antiamerikanismus und Volkssouveränität als ideologische Grundlage zur Unterstützung des Irak

„Sterben für Amerika? Zahlen für Amerika? Zionistischen Interessen dienen? - Nein!" Mit Flugblättern feiert eine „Antizionistische Aktion derzeit in Oberfranken Iraks Staatschef Saddam Hussein als „Kämpfer für arabische Freiheit und Unabhängigkeit von zionistischen Machtansprüchen". Michael Kühnen gibt an, ein internationales „Freiheits-Korps" zur Unterstützung des Iraks gegen den „US-Imperialismus" aufgestellt zu haben. Die „Deutsche National-Zeitung" titelt „Völkermord am Golf", Republikaner"-Chef Franz Schönhuber plädiert dafür „keine deutschen Soldaten zum Golf" zu schicken, die rechtsintellektuelle Zeitschrift „Junge Freiheit" bezeichnet Kuwait als „Schlesien des Iraks" und die Frankfurter NPD-Fraktion beantragt eine Städtepartnerschaft mit Bagdad. Selten war sich die aufgesplitterte Rechte so einig wie in der Unterstützung des Iraks. Ob Nationalrevolutionäre, Nationalfreiheitliche, Militante, Nationaldemokraten oder Neue Rechte, sie alle drücken Saddam Hussein in seinem „Befreiungskrieg gegen die Supermächte" die Daumen.

Bereits kurz nach der Annexion von Kuwait durch den Irak meldeten sich viele rechtsradikale Publikationen zum Thema Golfkrise zu Wort und paßten den Konflikt in ihre ethnopluralistische Ideologie ein. Demnach fordern sie ein Nebeneinander der Völker, lehnen jedoch eine „Vermischung" strikt ab. So bezeichnet der Herausgeber der nahezu an jedem Kiosk erhältlichen „Staatsbriefe", der frühere „Welt"-Redakteur Hans-Dietrich Sander, in der September-Ausgabe den Kuwaitkonflikt als „innerarabische Angelegenheit". Die Eingliederung Kuwaits als 19. Provinz des Iraks sei „geopolitisch und ethnisch einleuchtend". Saddam Hussein besitze jetzt die „große Chance, die fremden Einflüsse zu beenden". Für Sander braucht die propagandistische Begleitmusik der „Operation Wüstensturm" „keinen Vergleich mit der Kriegspropaganda der Alliierten gegen die Deutschen in den beiden Weltkriegen zu scheuen". Der Ex-"Welt"-Redakteur, der hernach als Chefredakteur der inzwischen mit der Zeitschrift „Nation+Europa" verschmolzenen rechtsextremistischen „Deutschen Monatsblätter" fungierte, fordert die „Völker der westlichen Welt auf, sich von den USA zu trennen". Die „verfaulende Nachkriegsordnung, die die Erde in einen Augiasstall verwandelt hat", sei zu überführen „in eine Ordnung konkreter Großmächte, die auf dem Interventionsverbot für raumfremde Mächte fußen". Deshalb hält es Sander für nötig, daß „der Irak sich in der jüngsten Golfkrise durchsetzt".

.. DEUTSCHLAND DEN DEUTSCHEN!!

Was Sander noch vorsichtig und blumig umschreibt, bringt der Herausgeber der seit 1953 in Coburg erscheinenden Monatszeitschrift „Nation+Europa" (Auflage 15.000), Peter Dehoust, auf die griffige Formel: „Arabien den Arabern (und dem Islam), Europa den Europäern und ganz Deutschland den Deutschen! Die Türken versammeln sich wieder in der Türkei." Onwohl Dehoust seine Sympathie mit dem Irak nicht verhehlt, warnt er gleichzeitig vor der „geschichtsmächtigen, fanatischgefährlichen Kraft des Islam mit seiner militanten Intoleranz". Er titelt die August/September-Ausgabe mit den Zeilen „Islam auf dem Vormarsch - und morgen die ganze Welt?" Das Dilemma, vor dem Islam zu warnen und gleichzeitig aber den „Einheitswillen des Zweihunder-tmillionenvolkes Arabien" zu unterstützen, löst Dehoust mit der Losung: „Schotten dicht". Mit seiner Forderung nach „strikter deutscher Neutralität" liegt der rechtsradi-kale

Verleger auf einer Linie mit dem sonst so von ihm ungeliebten „Republikaner"-Chef Schönhuber. Der hatte bereits im bayerischen Landtagswahlkampf gegen jeglichen Einsatz von deutschen Soldaten am Golf plädiert. Sie sollten dort nicht für den „american way of life" oder als „Kanonenfutter für die Wallstreet" verheizt werden.

Ein Antiamerikanismus, den Schönhubers abtrünnige „Republikaner"-Funktionäre sofort unterschreiben können. So schreibt ein Holger Hartung in der von dem ehemaligen bayerischen „Republikaner"-Vorsitzenden und neuen Chef der „Deutschen Allianz" (DA), Harald Neubauer, herausgegebenen „Deutschen Rundschau" in der November-Ausgabe, daß die „internationale Politik der USA von Blut und Tränen gesäumt" sei und erinnert an die beiden Weltkriege, an Vietnam, die Bombardierung von Tripolis und die „Hungerblockade gegen den Irak". Er beklagt, daß die Deutschen noch immer „unter der Kuratel ihrer vormaligen Kriegsgegner" stünden und fordert den Austritt aus der NATO. „Eidgemäß zum Wohle des Volkes zu handeln, bedeutet im vorliegenden Fall, die irakische, nicht die amerikanische Position zu unterstützen." Die Annexion Kuwaits bezeichnet der Autor als „Wieder-vereinigung irakischer Landesteile". Die von Großbritannien 1920 betriebene Abtrennung Kuwaits vergleicht er „mit der Abtrennung Oberschlesiens und Südtirols von ihren Stammländern". Auf der Gründungsveranstaltung der DA in München am 19. Januar kritisierte der ehemalige langjährige NPD-Bundesvorsitzende Martin Mußgnug die USA. Sie sei wie „ein Rambo gegen den Irak" vorgegangen. Er plädierte für ein „eigenverantwortliches, selbstbestimmtes Handeln der Völker". Neubauer drückte auf der gleichen Veran-staltung dem Irak seine Solidarität aus und wandte sich gegen „die Einmischung der Supermächte in der Souveränität der Völker". Auf Flugblättern sprach sich die DA gegen einen „deutschen Kriegseinsatz am Golf" aus und erinnerte an die „traditionell guten Beziehungen Deutschlands zur arabischen Welt".

EMIL SCHLEE IN BAGDAD

So ist es auch kein Wunder, daß Ende November der Chef der „Front National", Jean Marie LePen, zusammen mit dem Schönhuber-Herausforderer und schleswig - holsteinischen „Republikaner"-Vorsitzenden Emil Schlee von Iraks Staatschef Hussein und Außenminister Asis freundlich und wohlwollend empfangen wurden. Die Delegation der technischen Fraktion der Rechten im Europaparlament stimmte mit Hussein überein, daß es den „USA nicht um die Durchsetzung völkerrechtlicher Prinzipien" gehe, sondern lediglich um das Öl. Zum Dank gab Hussein seinen Fürsprechern 85 Geiseln mit auf den Weg, um sich in der westlichen Presse als Geiselbefreier feiern lassen zu können.

In den rechtsintellektuellen Blättern „Junge Freiheit" und „Europa vorn" feiert der Antiamerikanismus entsprechend der neurechten Ideologie vom „dritten Weg" zwischen den Supermächten fröhliche Urstände. Während „Junge Freiheit"-Chefredakteur Dieter Stein bei Kuwait sofort Oberschlesien einfällt, kritisiert sein Autor Roland Rubrik in der Oktober-Ausgabe das „humanistisch-sakrale Sendungsbewußtsein" der USA. Die USA habe „völkerrechtswidrig Grenada überfallen und jahrzehntelang faschistoide Diktaturen gestützt". Manfred Rouhs, Herausgeber von „Europa vorn" fragt sich, ob Hussein „wirklich ein neuer Hitler" sei und läßt in der November-Ausgabe den Presseattache der irakischen Botschaft in Bonn, Alubaidi, über drei Seiten zu Wort kommen. Alubaidi vergleicht die „berechtigte Wiedervereinigung des deutschen Volkes" mit den „Rechten der Araber auf Einheit" und greift die „Großmachtallüren" der USA an.

(Diesen Artikel von Bernd Siegler entnahmen wir gekürzt dem „blick nach rechts" vom 28.1.91. Die Zwischenüberschriften wurden von uns eingefügt.)



DIE FRIEDENSBEWEGUNG, DER GOLFKRIEG UND DIE NEOFASCHISTEN

- Ein Kommentar -



Einige der von neofaschistischen Publikationen und Organisationen formulierten Positionen und Parolen sind aus den letzten Wochen von den Demonstrationen gegen den Golfkrieg bekannt. Alles NeofaschistInnen und Rechtsextreme? Wohl kaum. Und dennoch lohnen ein zweiter und dritter Blick, um hinter der oberflächlichen Übereinstimmung die fundamentalen Unterschiede zu erkennen.

Wo das Engagement der Antikriegsbewegung zutiefst humanitär geprägt ist, gründen sich die - zum Teil gleich lautenden - Parolen der Nazis auf einem völkisch-rassistischen - und damit zutiefst un-friedlichen - Verständnis von den Beziehungen der Menschen untereinander. Ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturkreise ist den Nazis ein Greuel. Sie fordern „Arabien den Arabern", aber sie meinen „Deutschland den Deutschen" und „Ausländer raus". Sie feiern die Annexion Kuwaits als „innerarabische Angelegenheit" und sehen sie doch nur als Vorbild für die Annexion polnischen, tschechischen oder sowjetischen, vermeintlich „deutschen" Staatsgebiets.
Sie fordern eine „Ordnung konkreter Großmächte, die auf dem Interventionsverbot für raumfremde Mächte" fußt, und meinen ein Europa unter deutscher Vorherrschaft, das neben den USA und der Sowjetunion eine führende Rolle in der Welt spielt und sich den Nahen Osten als abhängiges Gebiet hält. Anders jedenfalls ist der Hinweis auf die „traditionell guten Beziehungen Deutschlands zur arabischen Welt" angesichts dessen kolonialistischer Ansprüche in der Vergangenheit (Bagdad-Bahn) nicht zu verstehen. Und solange dort nicht für „deutsche Interessen" gestorben wird, haben „deutsche" Soldaten am Golf eben nichts zu suchen.

Sie verurteilen die Kriegsverbrechen der USA-Regierung, und doch sind sie ihnen nur billige Munition zur Verharmlosung der Verbrechen des Nazi-Regimes. Nicht die Kritik der US-Regierung und deren NATO-Verbündeter (sowie der sie treibenden materiellen Interessen) ist ihr eigentliches Ziel, sondern die pauschale Verunglimpfung der amerikanischen „Unkultur", von der sich ein „deutsches Deutschland" fernzuhalten habe. Antiamerikanismus pur.

Sie geben sich antizionistisch, wenn sie die Politik Israels gegenüber den PalästinenserInnen kritisieren und sind doch antisemitisch bis auf die Knochen. Denn nicht ohne Grund ist es ihnen wichtiger zu wissen, ob jemand Jude ist als zu wissen, was dieser Mensch tut. Nicht das konkrete Handeln eines Menschen bestimmt ihr Urteil, sondern dessen „Rasse". So ist es denn auch kein Zufall, daß sich entsprechende Auflistungen immer wieder in ihren Veröffentlichungen finden.

Mit diesen Leuten, deren Geschäft nicht der Frieden ist, hat die Antikriegsbewegung nichts zu tun. Sie muß sich dieser „falschen Freunde" auch deshalb erwehren, wenn sie glaubwürdig die Vorwürfe des Antisemitismus und des Antiamerikanismus von sich weisen will. Und schließlich gebietet es die Solidarität mit den z.T. hierher geflüchteten und hier lebenden Menschen aus Nordafrika und dem Nahen Osten zu verhindern, daß es NeofaschistInnen gelingt, sie zu Verfolgten im Exil oder ihrer neuen Heimat zu machen.

SPENDEN-AUFRUF



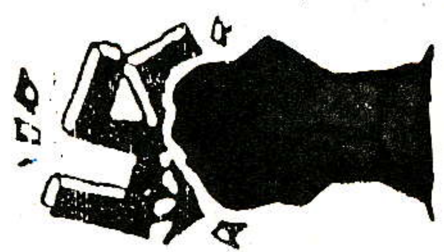
Wir, eine Gruppe von Jugendlichen, wollen eine Begegnungsstätte im Rahmen von einem Cafè für Interessierte, die Aufklärung und Informationen über Neofaschismus und Neonationalismus suchen, eröffnen. Außerdem wollen wir solche Personen ansprechen, die schon mal Probleme mit Neonazis hatten bzw. haben. In dem wir aber auch einfach Spaß haben wollen, beim Kaffeetrinken und Klönen.

Dafür haben wir einen Raum gefunden , der aber noch renovierungsbedürftig ist: zum Beispiel müssen Fenster und Türen isoliert und die Wände neu gestrichen werden. Leider fehlen uns dazu die nötigen finanziellen Mittel. Aus diesem Grund bitten wir um zahlreiche Spenden.

Spendenkonto:

Kieler Sparkasse
BLZ: 210 501 70
Kontonummer: 1179 043
Kennwort: Cafè

GEGEN NAZIS



Für internationale Solidarität

Nazis in Ost und West

Oder: was wollen die Kieler Nachrichten?

Gegen Ende November, kurz nach der gewaltsamen Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße/Berlin, erschien nebenstehender Artikel in den KN. (Das genaue Datum weiß ich leider nicht mehr, das wird aber nicht wieder passieren, sorry).

Unter der reißerischen Überschrift „Neonazis aus Ost und West verbünden sich" werden Autonome, RAF, Hafenstraße, Republikaner und Neonazis kunterbunt zusammengemixt, garniert mit Begriffen wie Gewalt und Krawalle.

Für diesen Artikel, der jeglichen Anforderungen an journalistische Arbeit Hohn spricht, gibt es zwei Interpretationsmöglichkeiten. Entweder beschäftigt die KN mit „lno", aus welchen Gründen auch immer, einen völlig unfähigen Redakteur. Dies ist allerdings eher unwahrscheinlich, auch wenn für wache LeserInnen die Qualität der Arbeit der KN-JournalistInnen allgemein etwas zu wünschen übrigläßt. Vielmehr handelt es sich wohl um schon fast wieder geniale, plump-platte Agitation, deren gestecktes Ziel es ist, den LeserInnen nahezulegen, daß Autonome, Hafenstraße, RAF und Neonazis ja doch irgendwie das gleiche sind, denn die machen ja Krawalle und üben Gewalt aus. Links gleich rechts und beides ist böse, böse. Aber das ist natürlich nicht alles. Weiter geht es mit einem Artikel über Skinheads in Kronsburg am 29.1. 1991 mit der Überschrift „Es geht um Randale, nicht um Politik". Breiten Raum nimmt die Sichtweise der Polizei ein, daß es sich um nicht politisch motivierte Randale handelt. Erwähnt wird zwar der Angriff auf die Sinti Familien in Kronsburg, allerdings nicht die Angriffe auf die „Alte Meierei" durch die gleiche Gruppe. Ebensowenig wird auf die Verbindungen zumindest einzelner zur FAP eingegangen.

Am 8. 2. 1991 erscheint dann der Artikel „Antifa-Gruppen verhindern Diskussion". Anders als die Überschrift nahelegt, haben Antifa-Gruppen sich lediglich geweigert an einer Diskussionsveranstaltung in der „pumpe" mit dem Leiter des Geistigen Rates der Deutschen Unitarier, dem Kieler Universitätsprofessor Wolfgang Deppert, teilzunehmen(vgl. auch Artikel in dieser Atze). Was stimmt, ist daß AntifaschistInnen eine Veranstaltung mit Herrn Deppert am 14.1. 1991 durch eine Besetzung des Veranstaltungsraumes verhinderten.

> **Neonazis aus Ost und West verbünden sich**
>
> **Hamburg** (lno) An den jüngsten Krawallen in Berlin waren auch militante Autonome aus Hamburg beteiligt. Der Chef des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Christian Lochte, befürchtet eine Zunahme rechtsextremistischer Gewalt und neonazistischer Aktivitäten in der Bundesrepublik. Westdeutsche Neonazis verbündeten sich zur Zeit mit radikaleren und Rechtsextremisten in den neuen Bundesländern.
>
> Nach Angaben des Hamburger Innensenators Werner Hackmann (SPD) haben die Republikaner und die Hamburger Liste Ausländerstopp an Bedeutung verloren. Sorgen bereite dagegen immer noch die Rote Armee Fraktion (RAF).
>
> Zum „legalen Arm der RAF" werden unverändert rund 250 Personen, 40 davon in Hamburg, gerechnet. In der Hafenstraße sollen zehn von ihnen leben.

Das dickste Ei ist dann aber der unter dem Kürzel „uk" erschienene Artikel, „Sechsköpfige Familie aus Beirut will nicht in Altenholz wohnen". Auf 5 Spalten können sich der Altenholzer Bürgermeister Siegfried Dallmeyer und der für die Familie zuständige Sozialpädagoge Knut Momsen darüber auslassen, wie enttäuscht sie sind, daß die Familie es abgelehnt hat, in eine 103 Qudratmeter große, für 200 000 DM renovierte Dachgeschoßwohnung einzuziehen.

Wenn aus irgendwelchen persönlichen Gründen irgendwelche Menschen irgendwo nicht einziehen wollen, ist das keine Geschichte für eine Zeitung. Es sei denn, damit ist beabsichtigt gegen diese Menschen Stimmung zu machen. Mit diesem Artikel kann eigentlich nur bezweckt werden, daß die in der BRD weitverbreiteten rassistischen Ressentiments gegen Flüchtlinge neue Nahrung erhalten. So nach dem Motto: ja was erwarten diese Auslän-der denn noch alles von uns Deutschen.

Alles in allem läßt sich zusammenfassen: Die KN zeigt sich immer stärker bemüht, auf dem Niveau ihres Teilhabers Springer eine Hetze gegen alles was links, „undeutsch" und ausländisch sein könnte zu verbreiten.

Schöne Aussichten!

"Rechtsextremismus im vereinten Deutschland"

Unter diesem Titel hat der Bremer „steintor"-Verlag Ende 1990 einen Sammelband herausgebracht. Die 17 Autoren, von denen die meisten schon seit Jahren mit diesem Themenkomplex befasst sind, bringen so verschiedene Aspekte des Problems zur Sprache wie „Besonderheiten des deutschen Nationalismus" (Reinhard Kühnl), „Rassismus. Thesen zur Klärung eines umstrittenen Begriffs" (Siegfried Jäger), „Das Freund-Feind-Denken der Neuen Rechten" (Wolfgang Gessenharter) oder „Antifaschismus in der DDR - Versuch einer Bilanz" (Siegfried Wolf).

Angesichts der Vielzahl der Beiträge scheint es vermessen, ihnen allen gerecht werden zu wollen. Daher an dieser Stelle nur eine ganz subjektive und zudem knappe Bilanz und Auswahl. Als Einstieg zur weitergehenden Beschäftigung mit dem Themenkomplex Rassismus bietet der oben genannte Aufsatz des Duisburger Hochschullehrers Siegfried Jäger gute Möglichkeiten. Es stützt sich bei seiner Begriffsbestimmung auf die Arbeiten des englischen Soziologen Stuart Hall, erwähnt jedoch dankenswerter Weise auch eine Reihe anderer Autoren, die dessen theoretischen Ansatz empirisch stützen.

Interessant und lesenswert sind auch die Beiträge über einige Aspekte des Rechtsextremismus im Gebiet der ehemaligen DDR. Dabei hat sich bei der Auswahl der Autoren die Zusammenarbeit mit dem Ostberliner Verlag „Linkswende" positiv bemerkbar gemacht.
Ein insgesamt empfehlenswertes Buch, auch wenn der Bezug der Analysen über den Rechtsextremismus zu ökonomischen und politischen Entwicklungen (Anschluß der DDR, EG 92) mehr Beachtung verdient gehabt hätte.

Christoph Butterwege/Horst Isola (Hrsg.),
„Rechtsextremismus im vereinten Deutsch-land",
Bremen 1990,
191 Seiten.

Nazi-Terror in Kiel

Am frühen Abend des 20.2.1991 kam es nahe der Gartenstraße in Kiel zu einem erschreckenden Zwischenfall: Obwohl es noch relativ hell und die Straße belebt war griffen zwei Skinheads einen ihnen zufällig entgegenkommenden Antifaschisten, der nicht früh genug die Straßenseite gewechselt hatte, an. Nachdem sie ihn überraschend festgehalten, und ihn mehrmals in den Magen geschlagen hatten, beschim-pften sie ihn als „Antifa-Schwein" den sie wohl kennen würden. Daraufhin zog der eine ein Messer und hielt es ihm an die Kehle. Heute wolle er ihn nicht abstechen - so die weitere Erklärung. Danach setzten die beiden Faschisten ihren Weg unbehelligt von den zahlreichen Passanten fort.
Erschreckend neben der Dreistigkeit der beiden Skins war besonders die Gleichgültigkeit der anderen auf der Straße anwesenden Menschen. Wenn wir solchen Vorfällen nicht entschlossen entgegentreten wird, so ist zu befürchten, faschistischer Straßenterror zur „Normalität" auf unseren Straßen.





Hooligans - jeder will der Häuptling sein!

Anfang der 80er Jahre besang die Hamburger Punkband SLIME noch den Block E im Volksparkstadion. Ab Anfang 1981 schnitten sich einige Punks und andere Leute die Haare ab. Die deutschen Skin-Heads fingen an - nicht nur in Stadien -, ihren Arm zum Führergruß zu heben. „Sieg Heil" und „Jude" wurde z.T. aus hunderten Kehlen geschrien.

Am 1.Mai 1982 überfielen 250 „Fußballfans" die Frankfurter Kundgebung des DGB. Am 16.10. wurde ein Werder-Fan von Hamburger „Löwen" ermordet. Die Fußballnormalität der verbrannten Fahnen, das Erobern von Schals, Kutten und Aufnähern hatte einen neuen Höhepunkt gefunden; daran änderten auch die massiven Bullenaufgebote nichts. Was war los in den Stadien und drumherum?

Anfang 1982 gründete sich die „Borussenfront" in Dortmund, kurze Zeit später ernennt M. Kühnen (Chef der ANS/NA) sie zum Sammelbecken der Neonazis in Nordrhein-Westfalen. Parallel dazu tauchten immer mehr bekannte Faschos in den Fußballclubs der BRD auf. Die „Löwen" und die „Savage Army" in Hamburg, die „Roten Wölfe" aus Hannover, „Zyklon B" und die „Herthafrösche" aus Berlin, die „Adlerfront" aus Frankfurt - dort fanden sich einige ehemalige (?) Wehrsportler aus Hoffmanns Kader wieder -, die „Gelsenscene" von Schalke, „Phönix" aus Karlsruhe, usw... Was sie alle verband, war der ständige Angriff auf „Ausländerinnen" und hin und wieder Linke.

Die organisierten Neonazis versuchten im Stadion neue Leute anzuwerben. Die Skins und einige Fußballfans hatten Bock auf Action, suchten eine Gemeinschaft, die mehr als Familie und Maloche war, die gemeinsames Abenteuer der Entfremdung und Vereinzelung entgegensetzte. Ab Mitte 83 verstärkten die Neonazis, durch das drohende Verbot der ANS beunruhigt, ihre Stadionarbeit. Welchen Erfolg ihre Propagandaarbeit hatte, sollte am 26.10.83 sichtbar werden. Zum Fußballspiel BRD - Türkei riefen sie zur „Türkenjagd" auf. Autonome, Türkinnen und AntifaschistInnen mobilisierten, um die braunen Horden zu vertreiben; die Polizei auch - es kamen 200, die sehr ruhig waren (erwartet wurden 1000 - 2000!). Der Kreuzberger Kiez brannte nicht. 1984 zur Europameisterschaft prügelte sich ein deutscher Faschomob durch Frankreich. Gleichzeitig wurde es ruhiger um die deutschen Stadien. Die Skins verließen die überwachten und „peacigen" Stadien, der Unterschied der Interessen zwischen den Fußballfans und den Nazis/Skins war deutlich. (Es ging soweit, daß einige Neonazis auch schon mal im Stadion bei Anwerbeversuchen aufs Maul bekamen.) Nur die „Borussenfront" und „Herthafrösche" blieben ihrem Führer treu.

Abgeguckt hatte M. Kühnen diese Unterwanderung von der „National Front" in England, die lange Zeit einen starken Einfluß auf die Fan-Kurven hatte. Mittlerweile gibt's für sie auf die Fresse, die antifaschistischen Kräfte haben mehrere Jahre Propagandaarbeit und gezielte direkte Aktionen gemacht. Im Vordergrund



Der Schoß ist fruchtbar noch ....

stand dabei der Rassismus, der von Kapital und Politik zur Spaltung benutzt wird, und die Schaffung einer eigenen Subkultur. Heute werden die Bullen weggehauen, um die Läden der Reichen zu plündern.
1985 - in Verbindung mit der Randale im Heysel-Stadion - machten sich die Hooligans einen Namen. Sie nutzten das Fußballspiel, um sich gegenseitig die Birne einzuhauen, sie grenzten sich von den Fußballfans ab (standen in anderen Blökken, trugen edle Klamotten ohne Aufnäher, Schals, etc.). Bis 1988 verschonten sie die BRD weitgehendst. Im Vorfeld des Europameisterschaftsspiels BRD-Niederlande in Hamburg tauchten massiv Flugblätter auf, in denen es hieß, die Hafenstraße solle gestürmt werden. Dies wurde sehr ernstgenommen, da es in anderen Austragungsorten bereits zu heftiger Randale gekommen war, wobei sich aber mehr die Hools der Ländermannschaften mit den Bullen hauten. Es war klar, daß Nazis versuchten die Hools zu benutzen, um ihre Politik darzustellen. Dank breiter Unterstützung aus den verschiedenen Hamburger Stadtteilen und aus einigen anderen Städten konnte abends der Angriff des 300 köpfigen Mobs, der auch noch von Bullen geschützt wurde, nach einer Stunde Straßenkampf abgewehrt werden. Erst als dies deutlich wurde, griff ein Teil der 3000 Bullen zu und vertrieb SpießbürgerInnen, Faschos, Hooligans, Skinheads und „deutsche" Fußballfans. Dies war für Hamburg das Signal.
Einen Monat später hatte St. Pauli das erste Bundesligaspiel, die Hafenstraße verbarrikadierte sich. Das „Freudenhaus der Bundesliga" und die Hafenstraße wurden zum Feindbild und zum wöchentlichen Angriffspunkt der Hools und der Neonazis. Deutlich feststellen möchte ich, daß Hooligans und Neonazis unterschiedliche Gruppierungen sind. Den Hools geht's um Randale und Action - vergleichbar mit den Anfängen der Skin-Heads. Feindbilder, jeden Tag frisch auf den Tisch - AusländerInnen, Punx, RevolutionärInnen, etc. - zeigen hier Wirkung. Der Deutschland-Taumel, der 1989 beginnt: Nation und Rasse stehen plötzlich als der Wert ganz oben. Alles, was nicht in dieses Bild reinpaßt, wird beseitigt. So werden Hooligans zum deutlichen Signal, wie viele denken, sie reden nicht nur - sie handeln. Dies paßt sehr wohl in das Konzept der Herrschenden: auf der einen Seite dienen sie zur Bewaffnung und Schaffung neuer Bullen, auf der anderen beschäftigen sie SozialarbeiterInnen, Projekte und Linke.
Auf der einen Seite setzen sie handfest die Vorstellungen von Momper, Waigel, Kohl, Voscherau und diesen Konsorten durch. Auf der anderen Seite können diese sich als liebe, freundliche und verantwortungsvolle PolitikerInnen abgrenzen und neue Gesetze durchsetzen.
Die Hools sind keine Neonazis, sondern der erfüllte Wunsch der durchschnittlichen SpießbürgerInnen. Sie sind keine irregeleiteten armen Sozialfälle, sondern Ausdruck tagtäglicher Hetze gegen alles „Undeutsche", Fremde und Revolutionäre.
Gewerkschaftsführung, Sozialdemokratie und Christdemokraten haben in vielen Kleinigkeiten, besonders im letzten Bundestagswahlkampf mit den Republikanern in ihren Forderungen gleichgezogen. Jugendbanden, Hools - die Geilheit auf Gewalt sind bloß der praktische Ausdruck dieser staatlichen Verarschung. (Bei den Skins wurde auch geschrien - und was hat sich geändert?)
1989 werden die Krawalle um das Stadion zur Normalität. Eine drastischere Entwicklung nahm Westberlin mit dem Aufkauf der DDR auch hier in einem größeren Maße. (Zur Situation in der DDR und den Faschos/Hools hier nur wenig, da es sonst den Rahmen sprengt.)
Ab Mitte 88 machte der Hertha BSC-Anhang durch ausländerInnenfeindliches und antisemitisches Gegröhle von sich reden. Republikaner-Parolen und Ausländer-Innenjagd nahmen massiv zu. Hier war zwischen Hools und Faschos nur noch ein geringer Unterschied. Mit dem Kauf der DDR vereinigten sich die „Hertha-Frösche" mit dem „geilen Hauer-Mob" vom FC Berlin. Nix mehr mit „Hooligans without weapons" (Hools ohne Waffen). Die FCB-Hools griffen mit „westdeutscher" Unterstützung brutal und rücksichtslos vietnamesische, rumänische und polnische Flüchtlinge und StraßenhändlerInnen an. Nach fast jedem Spiel, egal wo, wurden GegnerInnen und linke Treffpunkte angegriffen. Kein Unterschied mehr zwischen Nazi-Skins, Faschos und Hools.
Mai 90 bilden diese „aufrechten Deutschen" ein lebendes Hakenkreuz auf dem Alex in Berlin. Von dort aus kommt es auch zu ständigen Angriffen gegen alles, was ihnen nicht paßt. Zu den FCB-Spielen kommen bereits keine durchschnittlichen Fans mehr.
Die waffenlosen westdeutschen Hools werden immer stärker von diesen faschistischen Männerbünden unter Leistungsdruck gesetzt. Ins großdeutsche Getaumel fiel die Weltmeisterschaft. So begeisterte sich ein Reporter bei der Endspielübertragung über das aus zehntausenden Kehlen gegröhlte „Sieg". Dies fiel zwischen den Straßenschlachten der Hools kaum noch auf. Die Bullen sorgten auch hier für brutale Ruhe - war'n ja auch nur 10000e. Die Presse sprach von unpolitischen Fußballfans - sich bekämpfenden Banden. Hier sollte ein Bild geschaffen werden - Nationalismus beinhaltet immer Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Was sich in der Nacht nach dem WM-Endspiel in den bundesdeutsche Städten abspielte war beängstigend. In Neumünster griffen 300-400 „Fußballfans" das ehemals besetzte Haus an und verwüsteten in zweieinhalb Stunden die ganze Straße. Und ihr Freund und Helfer in grün? Die Bullen wußten bereits eine Stunde vor dem Angriff, daß sich die Faschos sammeln. Aber erst als sich dann AntifaschistInnen und türkische Kids sammelten, wurden sie aktiv. Sie griffen die Kids mit Hunden an und drängten die Antifas weg. Ein (!) Hool wurde verhaftet. Ähnliches spielte sich in vielen Städten ab.
Hiernach wurde es „ruhiger", obwohl mehrere Tote wie in Leipzig und Düsseldorf eine Warnung sind. Die Hools sorgten für einen „heißen" Auftakt beim Bundesligastart Hertha BSC - St. Pauli. Über 600 Hools versuchten nach dem Spiel die St. Pauli-Fans anzugreifen. Die Polizei (dies habe ich persönlich das erste Mal in meinem Leben voll Erstaunen wahrgenommen und ich war ganz schön erleichtert) schützte, es gab kaum Zoff. Dafür dann aber am 25.11.90 im Volx (haha!) parkstadion. Während des Spiels wurde mit Leuchtspurmunition in die St. Pauli-Kurve geschossen, nach dem Spiel griffen mehrere hundert Hools St. Pauli-Fans an. Es gab 'ne Menge blutige Köpfe, die Bullen - ach ich lasse das jetzt. Dies hat, es war nicht das erste Mal, dazu geführt, daß das Volxparkstadion gemieden/boykottiert werden soll.
Dies soweit zu den Geschehnissen der letzten Monate. Anzuführen ist noch, daß seit Jahren die Faschos die Spiele des VfB Lübeck in Eutin für ihre Angriffe nutzen, was aber durch antifaschistische Mobilisierung ziemlich verhindert wird. Erwähnenswert weiter, daß 1989 beim Spiel VfB Kiel - Kappeln rund 50-100 Hools und Faschos waren. Es blieb ruhig.
Hier noch eine Korrektur der bürgerlichen

Presse. Kurze Zeit nach dem Tod eines Hools in Leipzig Anfang November 1990 wurde es still um diesen Vorfall. Nicht ohne daß die Polizei, Politikerinnen und DFB nach mehr BeamtInnen, Ausrüstung und Überwachung schrien. Inzwischen beweisen neutrale Beobachterinnen und Fans, daß die Gewalt von der Polizei ausging und daß der Hool ermordet wurde. Die Bullen griffen die Hools zwischen Bahnhof und Stadion mehrmals an. Obwohl sie friedlich waren und Eintrittskarten hatten, durften sie das Stadion nicht betreten. Es kam zu Rangeleien. Als die Todesschüsse fielen, war zwischen Bullen und Hools 40 (!) Meter Abstand und ein Zaun. Ein Hool starb, vier weitere wurden schwer verletzt. Beim ganzen Einsatz wurde ein Bulle verletzt! Das ist Mord. Daß es in der City danach krachte, ist wohl logisch.

Zum Ende möchte ich dem Gefasel vom unpolitischen Fußball und den bösen Linken, die angeblich die Politik in das Stadion tragen, durch ein paar Zitate aus dem „Millerntor-Roar" (St. Pauli-Fan-Zeitung) etwas entgegensetzen:

„Wer sind denn die, die jeden Samstag aufs Neue ihre Gesinnung in den Stadien durch das Rufen so unpolitischer Parolen wie 'Jude, Jude', 'Schiri, du schwule Sau', 'Wir sind Deutsche und ihr nicht', 'Rotfront verrecke', 'Sieg Heil', 'Ausländer raus' oder das beliebte 'Husch, Husch, Husch - Neger in den Busch' kundtun?" (Hier fehlt das „Ausziehen, Ausziehen", wenn Frauen den Rasen betreten.)

Fußball ist ein Geschäft mit Werbung, Fernsehen, Angestellten und Gewinnmachen.

„Wer da noch behauptet, Sport sei unpolitisch, rein unbefriedet, sei Wettkampf oder neutrales Terrain, der ist entweder ein Idiot oder jemand, der diese Dinge längst durchschaut und sich ihrer bedient. Den apolitischen Menschen gibt es nicht, denn wer nicht Politik macht, wer sich nicht beteiligt, sich nicht interessiert, der will damit sagen, daß er die anderen machen läßt. Also unterstützt er die Macht... Nicht zufällig sind diejenigen, die sich nach wie vor auf den unpolitischen Charakter des Sports berufen, entweder Christdemokraten oder erklärte Reaktionäre." (Paolo Solier, italienischer Profi in den 70ern, Millertor Roar)

Daß Sport ein wichtiges Herrschaftsinstrument ist, würde hier zu weit führen. Wichtig ist meiner Meinung nach, daß die rassistischen und ähnliche Angriffe gestoppt werden. Dazu gehört auch, daß z.B. die Ausländerinnengesetze abgeschafft werden - dies sind zwei konkret (lebens) wichtige Ansatzpunkte.

Hägar von KaviaR

Nazi -Terror in Göttingen

Sylvesternacht 90/91, Rosdorf bei Göttingen: der 21-jährige Bundeswehrsoldat Alexander Selchow wird von zwei vermummten Skinheads auf offener Straße mit Fäusten, Tritten und Messern angegriffen. Er erliegt später nach einer dreistündigen Notoperation über 10 Messerstichen und schwersten Kopfverletzungen. Die Brutalität der Täter ging so weit, den schon Schwerverletzten noch am Boden mit Tritten zu bearbeiten.

Vorausgegangen war ein Streit mit einer Grupe Neonazis, die in einem benachbarten Haus ebenso Sylvester feierten wie Alex mit seinen FreundInnen. Als Alex nach der Mitternachtsknallerei mit einem Bekannten das Haus verläßt, trifft er auf der Straße auf die mutmaßlichen Mörder: die beiden Neonazis Oliver Simon und Sven Scharf. Kurz vorher sollen sie mit den Worten, sie gingen jetzt „einen Linken aufmischen" ihre Feier verlassen haben. 4000 Menschen brachten am darauffolgenden Sonnabend ihre Trauer und ihre Wut auf die Straße und demonstrierten gegen den Nazi-Terror in ihrer Stadt.

Nazi-Terror in Göttingen

Der Mord an Alex war nur der Höhepunkt der neofaschistischen Gewalt in Göttingen und Umgebung. Allein Sylvester kam es zu weiteren drei Überfällen durch Nazi-Skins:

- nachmittags schlugen 6 von ihnen 2 Passanten in der Innenstadt zusammen
- kurz nach Mitternacht wurden in dem Dorf Adelebsen bei Göttingen 2 Menschen durch eine Gruppe von mindestens 8 Skins schwer verletzt
- gegen 4.00 Uhr wurde im Stadtteil Weende ein Passant von 3 Faschisten angerempelt und durch Messerstiche in den Bauch schwer verletzt.

Alle Übergriffe durch Faschisten aus den letzten Jahren aufzulisten, würde bei weitem den Rahmen dieses Artikels sprengen. Es seien daher nur zwei Beispiele aus dem letzten Jahr genannt, die die Dimension des Nazi-Terrors deutlich machen:

- im Sommer '90 griff der führende FAP-Funktionär Karl Polacek eine Antifaschistin mit einem Axthieb auf den Kopf an
- im Mai letzten Jahres tauchte Thorsten Heise in den Untergrund ab. Damit entzog sich der 21-jährige, ebenfalls FAP-Funktionär, einem Prozeß, bei dem ihm neben anderen Vorfällen die versuchte Tötung eines libanesischen Asylbewerbers vorgeworfen wurde.

Daneben hat es eine Vielzahl weniger spektakulärer Übergriffe gegeben, die für die Opfer, seien es AusländerInnen, AntifaschistInnen oder einfach irgendwelche PassantInnen nicht weniger bedrohlich waren.

Die Polizei

...in Göttingen verleugnet und duldet seit Jahr und Tag den Nazi-Terror ebenso wie die Stadtverwaltung. Anfang '90 bestritt der Polizeichef Lothar Will, daß es überhaupt ein rechtsextremistisches Potential in Göttingen gebe.

Die Polizei sah ihre Aufgabe in den letzten Jahren dementsprechend eher darin, AntifaschistInnen zu verfolgen, die angesichts der Verhältnisse die Selbsthilfe organisierten, als die Nazi-Szene zu behelligen. Besonders hervorgetreten ist dabei das ZSK (Ziviles Streifenkommando), das immer wieder durch Übergriffe auf Linke von sich reden machte. Trauriger Höhepunkt der Göttinger Polizeistrategie war der 17.11.89, als Polizisten die Antifaschistin Conny Wissmann vor ein fahrendes Auto trieben und diese starb.(siehe ATZE Nr. 7)

Und so klingt die Ankündigung Wills, nach dem Mord an Alex die Streifeneinsätze zu verstärken, eher als Bedrohung und nicht als Beruhigung.

Der Drahtzieher

Die Mörder von Alexander Selchow sind für die antifaschistische Bewegung keine Unbekannten. Sowohl Scharf als auch Simon waren in der Vergangenheit wiederholt als Beteiligte an neonazistischen Ak-

tivitäten aufgefallen.
Oliver Simon wohnte bei Karl Polacek in Mackenrode und gilt als dessen politischer Zögling, ebenso wie oben erwähnter Thorsten Heise. Das Haus Polaceks in Mackenrode ist seit 1985 eines der vier führenden Zentren der FAP in Deutschland. Es diente den Faschisten als Zentrum für Schulungsveranstaltungen, als Vertriebsort für Propaganda, aber auch als Ausgangsort von Sonnenwendfeiern, Wehrsportübungen und immer wieder Schlägereien und Anschlägen. Am 7.5.88 demonstrierten etwa 3000 Menschen gegen das Nazi-Zentrum.
Polacek selbst gründete im Herbst '85 den Kreisverband der FAP, nachdem er im BHJ (Bund heimattreuer Jugend) und in der NPD aktiv war. Zu letzterer und zu anderen Organisationen des faschistischen Spekrums (z.B. die Wiking-Jugend) pflegt er gute Kontakte. Er bekleidet die Posten eines „FAP-Bezirksvorsitzenden" und eines „Gau-Kassierers". Wichtiger ist aber sein Einfluß auf jugendliche Nazi-Skins, die ständig unter seiner Führung ihren Terror ausübten.
Nach dem Mord inder Sylvesternacht verkündet der niedersächsische Innenminister Glogowski (SPD) jetzt, daß er eine Ausweisung des gebürtigen Österreichers Polacek überprüft (- derselbe Glogowski übrigens, der '88 für die Spaltung des antifaschistischen Bündnisses sorgte, das die Mackenrode-Demo tragen sollte. Damals preßte er SPD'ler und Gewerkschafter aus dem Bündnis).
Angesichts der Erfahrungen darf getrost bezweifelt werden, inwieweit der politische Wille der Behörden vorhanden ist, den faschistischen Terror in Südniedersachsen wirksam zu bekämpfen.

Nachsatz
Alexander Selchow war nicht der einzige, der zur Jahreswende 90/91 in Deutschland durch Faschisten getötet wurde. In Süddeutschland wurde ein junger Kurde aus einer Asylbewerberfamilie von einem rechtseingestellten Deutschen ermordet.
Wir wissen leider zu wenig darüber, um auch diesen Fall eingehender darzustellen.
Die Ereignisse in Göttingen zeigen die Gefahr, die vom terroristischen Flügel des faschistischen Spektrums ausgehen kann. Wenn es neonazistischen Kaderorganisationen wie der FAP gelingt, starken Einfluß in der Skinhead-Szene zu erlangen, und wenn sich diese Gruppen dann frei entfalten können, kann die Konsequenz tödlich sein.
Auch wenn Kiel nie die Dimension von Skin-Terror wie etwa in Göttingen erlebt hat - das Erstarken der entsprechenden Szene, bislang vor allem in Außenbezirken wie Heikendorf oder Kronsburg, sollte Anlaß zur Sorge sein.
Gerade angesichts der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Krise (gerade, aber nicht nur im Osten), werden antifaschistisch eingestellte Menschen gezwungen sein, sich mehr mit diesen Erscheinungen, ihren Entstehungsbedingungen und Hintergründen auseinanderzusetzen.

Wo bleibt das Aktionsbündnis?

*Zu einigen Problemen antifaschistischer Arbeit im Kieler DGB. Von Dietrich Lohse**

Im Rahmen unserer antifaschist-ischen Bündnisarbeit in Kiel habe ich bei verschiedenen Gelegenheiten eine Auffassung vertreten, die sich in etwa so zusammenfassen läßt:
Unsere wesentlichen antifaschistischen Forderungen haben nur dann Aussicht auf Verwirklichung, wenn wir es erreichen, daß sie von der organisierten Arbeiterbewegung getragen werden.

Das ergibt sich schon daraus, daß diese Forderungen in ihrer Gesamtheit die Substanz kapitalistischen Wirtschaftens berühren (was an dieser Stelle nicht weiter erläutert werden soll). Es gilt im übrigen, davon bin ich nach wie vor überzeugt und es ist für mich konkrete Erfahrung zahlreicher Aktionen der letzten Jahre, auch für viele Einzelforderungen.

Entsprechend groß ist die Verantwortung der Gewerkschaftsbewegung in dieser Hinsicht. Es kann ja nicht nur darum gehen, auf Mitglieder von Antifa-Initiativen einzureden: „Vergeßt die Gewerkschaften nicht!" oder etwa „Nehmt Rücksicht auf die Gewerkschaften!". Für alle, die die Möglichkeit dazu haben, kommt es vor allem darauf an, in den Gewerkschaften darum zu ringen, daß sich dort ein entsprechendes Verständnis durchsetzt. Es gibt in Kiel einige Beispiele für den Erfolg solcher Bemühungen; es gibt Beispiele aber auch für entgegengesetzte Tendenzen.
Ein besonders negatives Beispiel der letzten Zeit ist die Ablehnung eines die antifaschistische Bündnisarbeit betreffenden Antrags der DGB-Jugend auf der DGB-Kreisdelegiertenkonferenz im Oktober 1990.
Antrag und Ablehnungsbegründung (die Konferenz folgte mehrheitlich der Empfehlung der Antragskommission) im Wortlaut:

„Antrag Nr. 3 -
Antragsteller: DGB-Kreisjugendausschuss Kiel

Betreff: Änderung der Handakte des DGB

Antrag: Wie bereits vom DGB beschlossen, sollen überall Bündnisse zur Antifa-Arbeit gegründet werden. Wir als Jugend fordern für uns das Recht mit allen Organisationen, Verbänden, Initiativen und Parteien auch mit denen, mit denen laut Orga-Handakte keine gemeinsame Arbeit gemacht werden darf, ein Antifa-Bündnis eingehen zu können, um der drohenden Gefahr des Faschismus und des Ausländerhasses entgegenzuwirken.

Begründung: Angesichts der anwachsenden Wahlergebnisse, der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit und des immer brutaler werdenden Vorgehens von faschistoiden Kräften, halten wir es für zwingend, als Antifaschisten und Demokraten, möglichst breite Bündnisse zu gründen, um dieser drohenden Gewalt und Gefahr entgegenzuwirken. Das schliesst für uns auch die Zusammenarbeit mit Organisationen, Initiativen, Verbänden und Parteien ein, mit denen wir sonst nicht in allen Punkten einer Meinung sind.
Die Geschichte hat uns bereits einmal gelehrt, wohin uns falsche Berührungsängste führen.
Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!"

„Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung

Begründung: Es gibt im DGB sowie den Gewerkschaften Beschlüsse zur Frage der Bündnisarbeit. Sie sind eingegangen in die Vorschriften der Organisationshandakte. Es gibt keine Gründe, diese Beschlussebene zu verlassen. Der Beschluss des DGB-Bundesvorstandes vom 05.09.1989 zu den Republikanern ist anzuhängen."

Die Mehrheit der Delegierten (und die Mehrheit des Kieler DGB-Vorstands) ist also tatsächlich der Meinung, es gäbe keine Gründe, auch nur innerhalb der Gewerkschaftsbewegung mit der verhängnisvollen Theorie des „rechts = links" vollständig Schluß zu machen. Fortschrittliche Kolleginnen und Kollegen finden sich weiterhin ebenso abgestempelt, in derselben „Schublade" wie die NPD-, FAP- und REP-Faschisten, deren Vordringen sie im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung aktiv bekämpfen, werden wie die Nazis als Gewerkschaftsfeinde gehandelt. Wer bereit wäre, mir so etwas ins Gesicht zu sagen, müßte sich schwer vorsehen; eine Grundlage zu sachlicher Diskussion wäre das sicher nicht. („Aber Kollege, so ist das doch nicht gemeint ..." - Laßt mal. Überlegt Euch den Sinn Eurer Beschlüsse.)

Die Feststellung „Es gibt keine Gründe", die Beschlußebene zu verlassen" scheint mir auch der Versuch zu sein, die in Kiel nicht erst mit dem KJA-Antrag, sondern des öfteren, z.B. im Zusammenhang mit den allerersten Aktionen des Kieler Antifaschistischen Bündnisses (ein Forum-Vorläufer) vor der letzten Europawahl geforderte Diskussion mit dem Ziel der Revidierung der gegen Linke gerichteten Unvereinbarkeitsbeschlüsse für beendet zu erklären, bevor sie in größerem Umfang überhaupt begonnen hat.

Die Vermutung liegt nahe, daß hier ein Zusammenhang besteht zur gegenwärtigen politischen Situation nach dem Anschluß der DDR, in der einflußreiche Kräfte im DGB auch gleich jede Diskussion um eine sozialistische Perspektive der Arbeiterbewegung zu den Akten gelegt wissen möchten. Immerhin interessant ist dabei, daß von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen vor allem solche Mitglieder linker Gruppen betroffen sind, für die der sogenannte reale Sozialismus Marke Honecker eben nicht das erstrebte Gesellschaftsmodell gewesen ist. (Mit dieser Feststellung soll durchaus nicht gleich ein positives Urteil über ihre jeweiligen, ganz unterschiedlichen Vorstellungen einer zukünftigen Gesellschaft abgegeben sein. Aber die Auseinandersetzung darüber muß innerhalb jeder einzelnen Gewerkschaft ungehindert möglich sein bzw. ermöglicht werden. Jetzt erst recht.)

Ich wage die Behauptung (ein großes Wagnis ist das nicht), daß die dem hier kritisierten Beschluß zugrundeliegende Haltung ein wesentlicher Grund dafür ist, daß in Kiel das vom DGB selbst beschlossene Aktionsbündnis gegen rechtsextremistische Tendenzen, das Gewerkschaften und die anderen auf diesem Gebiet engagierten gesellschaftlichen Organisationen und entsprechend interessierte Menschen zusammenführen sollte, nicht zustande gekommen ist. Selbst das Antifaschistische Forum wird da noch mißtrauisch beäugt, trotz der Anstöße, die etwa die Stadt Kiel von seinen Aktivitäten empfangen und aufgenommen hat (zu wenige, ist schon klar, aber hier nicht Diskussionsgegen-

stand).

Mag die Beschlußlage des Kieler DGB auch mit der Haltung ausschlaggebender SPD-Kreise übereinstimmen bzw. von dieser diktiert sein, so richtet sie sich doch auch gegen die Arbeit vieler sozialdemokratischer Genossinnen und Genossen.

Der Streit darum wird weitergehen. Auch an meiner Mitarbeit als Vertreter der IG Medien im Forum (in dem bekanntlich niemand nach seinem Parteibuch beurteilt wird), beim bevorstehenden Hearing im Rathaus usw. wird sich nichts ändern. Resignation ist im übrigen auch hier nicht angebracht. Möglichkeiten zum Kampf um unsere Positionen in den Gewerkschaften gibt es immer noch mehr, als wir zu nutzen verstehen. Ich denke, daß es hierüber zwischen interessierten Kolleginnen und Kollegen in Kiel eine Aussprache geben sollte. (Und in der ATZE sollte weiter darüber geschrieben werden.)

Abschließend sei aus zwei Beschlüssen des letzten Außerordentlichen Gewerkschaftstages der IG Medien zitiert, die zum Thema passen. Ich will gar nicht behaupten, das Organisationsleben in der IG Medien sei ein Musterbeispiel verwirklichter Demokratie oder solche Beschlüsse stießen nicht auch bei uns häufig auf Widerspruch und ihre Umsetzung auf Widerstand. Ein Fehler wäre es leider auch, von solchen Beschlüssen auf eine allseits entwickelte Diskussion an der Basis, in den Betriebsgruppen und Ortsvereinen, zu schließen. Solche Beschlüsse sind aber Ergebnisse des Engagements aktiver und ihrer Leistung wegen anerkannter Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, sind Ausdruck des politischen Spielraums in einer Gewerkschaft und Grundlage für seine Erweiterung, sind Grundlage für seine Erweiterung und wichtiger Rückhalt für unsere Arbeit, zeigen Möglichkeiten auf und geben Anstöße für die Arbeit in allen Gewerkschaften und bestärken (hoffentlich) auch die Antifaschistinnen und Antifaschisten außerhalb des DGB, entsprechend auf die Gewerkschaften einzuwirken und Ansprüche anzumelden (auch dies, das sei hier nicht vergessen, ist für uns eine Hilfe).

„Einheitsgewerkschaft"

Die IG Medien sucht in der Wahrnehmung der sozialen Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Zusammenarbeit mit allen politischen Kräften, die - insgesamt oder in wichtigen Teilbereichen - die Forderungen und Ziele der IG Medien unterstützen. Sie wendet sich gegen Abgrenzungen, die allein mit Parteizugehörigkeit begründet sind.
Die IG Medien fordert den DGB und die anderen Einzelgewerkschaften auf, sich in gleicher Weise zu erklären. (...)"

„Gegen Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote in den Gewerkschaften

Der Außerordentliche Gewerkschaftstag der IG Medien fordert den DGB-Bundesvorstand und die Hauptvorstände der Einzelgewerkschaften einschließlich aller Organe der IG Medien auf, sich jeglicher Tendenzen von Gesinnungsschnüffelei und Berufsverboten innerhalb der Gewerkschaften zu widersetzen. (...)"

* Anmerkung der Redaktion: Der Autor isMitglied des Ortsvereinsvorstands der IG Medien Kiel und - „mangels brauchbarer Alternativen" - der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP). Der Beitrag erreichte uns bereits im Dezember 1990.



Mit diesem Symbol wurden T-Shirts in München bedruckt.

Für das Recht auf Asyl!



Asylbewerber in Hamburg:

Das Bundesverwaltungsgericht hat dieser Tage das Asylgesuch des in der Türkei mit der Todesstrafe bedrohten Cemal A. unter anderem mit der gewundenen Begründung abgelehnt: Er suche nicht Schutz vor Verfolgung, sondern Schutz für seine Beteiligung an einem politischen Kampf, bei dem sein Einsatz - wenn auch nur im Vorfeld - helfen soll, dem Terrorismus der von ihm unterstützten Seite den Boden zu bereiten.

Der heute 30jährige ist nachdem er in der Türkei als Symphatisant kurdischer Befreiungsorganisationen zweimal verhaftet und gefoltert worden ist, in die Bundesrepublik geflohen, und hat hier 1983 einen Antrag auf Asyl gestellt, den das Bundesamt für die Anerkennung von ausländischen Flüchtlingen knapp 2 Jahre später abgelehnt hat. Ablehnungsgrund waren damals nicht angebliche oder tatsächliche terroristische Aktivitäten. Das Bundesamt bezweifelte, daß Cemal A. überhaupt politisch verfolgt ist. Zitat: „Die beiden einzigen Festnahmen des Antragstellers sind für seine Ende 1982 erfolgte Ausreise nicht kausal. Wenn es dabei zu Übergriffen einzelner Angehöriger der Sicherheitskräfte gekommen ist, sind diese dem jeweiligen Amtswalter persönlich und nicht dem türkischen Staat zuzu-rechnen. Auch erreichen die vorgebrachten Mißhandlungen nicht das Außmaß von Folter in einer Weise, daß sie die Menschen-rechte verletzen."

Gegen diesen Bescheid ging A. gerichtlich vor. In diesem Zusammenhang stellte er auch eine Liste von Aktivitäten auf, an denen er als Symphatisant der PKK zur Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes nach seiner Flucht in die BRD beteiligt war. Es waren vor allem Demonstrationen und Pressekonferenzen, aber auch die symbolische Besetzung des SPD-Büros in Rendsburg. Alles legale, bzw. im Fall der SPD-Büro-Besetzung, geduldete Aktionen. Für das Verwaltungsgericht Schleswig waren sie 1988 Anlaß, Cemal A. sowohl aufgrund der Verfolgung durch den türkischen Staat vor der Flucht, als auch aufgrund der zu erwartenden Verfolgung auch wegen seiner Aktivitäten nach der Flucht als Asylberechtigten anzuerkennen.

Der direkt dem Bundesinnenministerium unterstellte Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten legte gegen dieses Urteil Berufung ein - und bekam vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg und jetzt vor dem Bundesverwaltungsgericht Recht.

Zwar wird nicht mehr wie 1985 bestritten, daß Cemal A. gefoltert wurde und aus politischen Gründen geflohen ist. Die gleichen politischen Aktivitäten, die das Verwaltungsgericht Schleswig als „Nach-Flucht-Gründe" anerkannt hat, werden jetzt als Unterstützungstaten für eine terroristische Vereinigung angesehen und begründen deswegen, daß A. das Asylrecht verwirkt haben soll.

Daß friedliche und legale politische Aktionen plötzlich als Unterstützung terroristischer Aktivitäten bewertet werden, wir vorallem mit dem Strafverfahren, in dessen Rahmen seit 1989 gegen PKK-Angehörige wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK verhandelt wird, begründet. Die PKK ist in der Bundesrepublik nicht einmal verboten. Das Düsseldorfer Strafverfahren richtet sich auch nicht gegen die Organisation insgesamt, sondern gegen eine angebliche innerhalb der Organisation existierende Gruppe. Es ist zu dem ein laufendes Verfahren, im Zuge dessen die Beschuldigten als unschuldig anzusehen sind und die strafrechtlichen Vorwürfe als unbewiesen zu gelten haben.

Noch problematischer wird die Argumentation bezogen auf Cemal A.´s Aktionen selber.

Selbst in der weiten Auslegung des § 129a, der die Unterstützung terroristischer Vereinigungen unter Strafe stellt, ist es notwendig, nachzuweisen, daß Tun und Handeln der angeblichen Unterstützer zielgerichtet terroristisch Aktivitäten fördert. Weder das Oberverwaltungsgericht noch das Bundesverwaltungsgericht haben das auch nur ansatzweise geprüft.

Cemal A. wird das Asylrecht also wegen angeblicher Verstöße gegen das Strafrecht abgesprochen, die aber nie zu einem Strafprozeß geführt haben, also nie bewiesen werden mußten.

Mit einer so allgemein gehaltenen Begründung ließe sich für Anhänger sämtlicher militanter Befreiungsorganisationen unterdrückter Minderheiten, z.B: auch des südafrikanischen ANC, begründen, daß sie ihren berechtigten Anspruch auf Asyl verwirkt haben, wenn sie inder Bundesrepublik weiterhin deren Ziele politisch unterstützen.

Da sich die unteren Instanzen an die Rechtsprechung der oberen Gerichte gebunden fühlen, wird die Ablehnung von Cemal A.´s Asylantrag zur Folge haben,

daß Asylanträge verfolgter Kurden, die mit dem kurdischen Befreiungskampf symphatisieren, künftig pauschal abgewiesen werden können.
In Kiel hat sich ein festes Bündnis zur Unterstützung Cemal´s gebildet. Dieses Bündnis hat Infopakete an ca. 500 Gruppen und Organisationen verschickt, Aktionen in der Ratsversammlung und eine Veranstaltungsreihe in 5 Städten Schleswig-Holsteins organisiert.

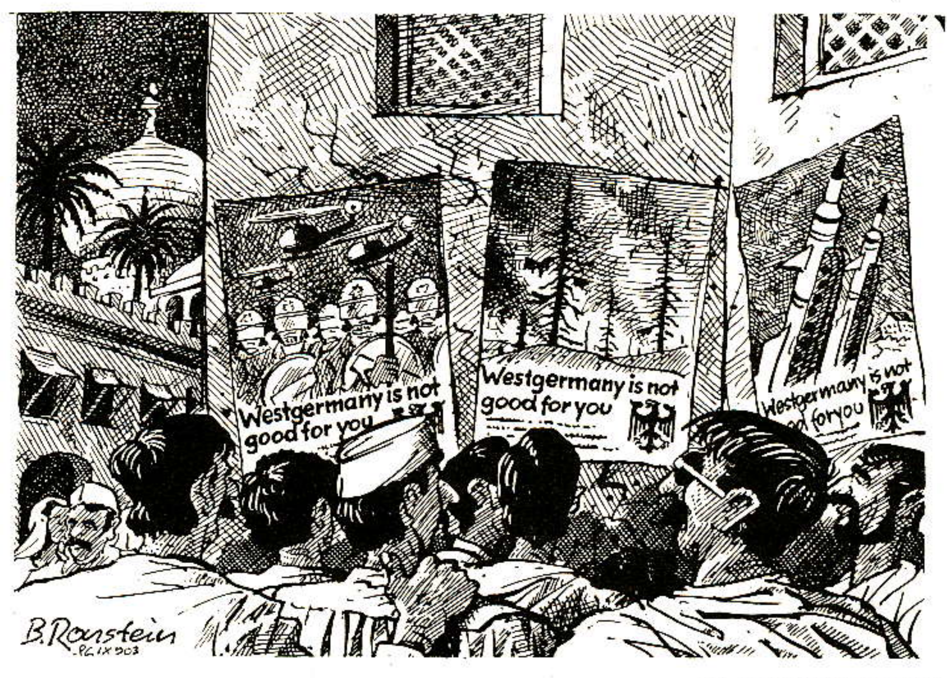
...Stellungnahme aus dem Innenministerium - zynische Schreibtischtäter

Während der Veranstaltungswoche hatten wir aufgrund eines offenen Briefes an die Landesregierung einen Termin im Innenministerium bei einem Herrn Lietke, einem Zuarbeiter des Innenministers , erhalten. Zunächst die Informationen:

- Das weitere Vorgehen der Länder gegen Asylbewerber, das heißt auch die Abstimmung der Folgen des neuen Ausländer- und Asylgesetzes werden Anfang 1991 bei einem Innenministertreffen besprochen werden.
- Es gibt bereits ein generelles Abschiebestopp, wie wir es auch für KurdInnen für dringend notwendig halte, allerdings bisher nur für Afganistan und denLibanon. Auf unsere Anfrage, warum es nicht möglich sei dieses auch für KurdInnen auszuweiten beharrte Herr Lietke darauf, für KurdInnen bestehe eine „innerstaatliche Fluchtalternative". D.h.: KurdInnen könnten im Gegensatz zu LibanesInnen oder AfghanInnen in die westliche Türkei fliehen „wo die Menschenrechte nicht suspendiert sind, und ihnen keine Verfolgung droht".

Stellungnahme des Innenministers Bull

Zusammenfassend bestätigt dies auch Innenminister Bull in seiner Antwort auf den offenen Brief des Aktionsbündnisses, vom 9.1.91. Es gäbe „...bisher...keine Anhaltspunkte dafür, daß Kurden in anderen Teilen der Türkei generell keine zumutbare Zuflucht finden können, und damit landesweit in eine ausweglose Lage geraten." Besonders deutlich wird Bull in Bezug auf die Verweigerung von Asyl wegen der Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung". Er bestätigt, daß „Asyl nicht beanspruchen kann, wer im Heimatland unternommene terroristische Aktivitäten oder Unterstützungshandlungen von der Bundestrepublok Deutschland aus in den hier möglichen Formen fortzuführen trachtet." Nur solche Aktivitäten, die nicht „... für Organisationen stattfindet, die ihrerseits die Durchführung oder Unterstützung terroristischer Aktivitäten zum Ziel haben..." seien „...allein nicht geeignet, einen Asylanspruch



KR-Karikatur: B. Ronstein

auszuschließen."
Klipp und klar heißt dies, daß jede/r die/der eine Befreiungsbewegung auch „ in den hier möglichen Formen" unterstützt sein Recht auf Asyl verwirken kann. Und zwar dann wenn deutsche Richter diese Organisation für „terroristisch" halten. Nun haben wir in der BRD schon oft erlebt was alles als „terroristisch" gilt , wenn es den verantwortlichen Stellen opportun erscheint. Damit bestätigt Bull die Einführung einer Handhabung des Asylrechts, die AsylantInnen zum Objekt totaler staatlicher Willkür entrechtet.
Die Haltung des Innenministeriums spricht eine eigene Sprache, und zeigt worum es den Behörden hier tatsächlich geht: KurdInnen sind auch bei uns unbequem, und sollen über die Bedrohung mit Abschiebung still gehalten werden. Aktive linke AsylantInnen sollen kriminalisiert und dem NATO-Partner Türkei der Rükken gestärkt werden.

Am 4.1. lief die Duldung Cemal´s aus und wir sind mit ca. 50 Leuten gemeinsam zur Ausländerbehörde in der Fabrikstraße gezogen, um für ihn eine mindestens halbjährliche Verlängerung der Duldung zu erreichen. Auch nach einem sehr unerfreulichen Gespräch mit dem Verantwortlichen, Herrn Schiller, gelang es nicht, mehr als 3 1/2 Wochen Duldungsverlängerung zu erreichen.
Diese kurze Verlängerung bescherte Cemal große Schwierigkeiten beim Sozialamt und viel Ämterrennerei. Zumal es reine Schikane ist! Selbst nach Aussagen von Herrn Schiller ist es egal, ob ihm eine 1/2-jährliche oder 5-jährige Duldung ausgestellt wird. Sie fällt eh mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nur er hätte gern weiterhin die Kontrolle über Cemal.

Also waren wir am 1.2. wieder in der Ausländerbehörde, diesmal mit ca. 30 Leuten. Kommentarlos erhielt Cemal eine Verlängerung für 4 Monate. Was nicht heißt, daß er jetzt vor der Abschiebung sicher ist, weil täglich die Entscheidung vom Verfassungsgericht fallen kann.
Das heißt, wir dürfen mit unseren Aktionen nicht nachlassen, müssen sie noch weiter verstärken.

Kommt alle zum nächsten Bündnistreffen am **13.3.91, 20 Uhr, Infoladen, Hansastr. 48**

Dokumentation

Kieler Bündnis gegen
Rassismus und Abschiebung
c./o Buchladen Zapata
Jungfernstieg 27
2300 Kiel

Offener Brief
an Innenminister Bull

Kiel, den 28.1.91

Sehr geehrter Herr Bull,
wir haben Ihre Antwort auf unseren ersten Offenen Brief vom Dezember 1990 erhalten. Mit Enttäuschung mußten wir feststellen, daß Sie weder für den Ihnen von uns angetragenen Fall von Herrn Cemal A. einen befriedigenden Lösungsvorschlag gemacht haben noch auf unsere Forderung auf Aussetzung von Abschiebung aller Kurden in Schleswig-Holstein eingegangen sind.
Dazu im Folgenden:

1. Die Situation von Herrn Cemal A. nach dem Beschluß des Bundesverwaltungsgerichtes ist völlig unhaltbar. Es liegt zwar von der Ausländerbehörde der Stadt Kiel die mündliche Zusage vor, ihn bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht abzuschieben. Allerdings stellt eine solche Zusage erstens aus Erfahrungen aus anderen Bundesländern keine Garantie dar. Zweitens ist es ohnehin entwürdigend, von Tag zu Tag auf seine eventuelle Ausweisung zu leben.
Ihr Verweis auf das noch anhängige Verfahren der Ehefrau von Herrn A. erfüllt uns mit Befremden. Bisher haben sich bundesdeutsche Behörden nicht gescheut, in Einzelfällen ganze Flüchtlingsfamilien durch Abschiebung oder Nachzugsverweigerung auseinanderzureißen.

2. Wie wir aus Ihren ersten Ausführungen entnehmen, wollten Sie bei den jetzt stattfindenden „Abstimmungsgesprächen zwischen Bund und Ländern" die Lage der Kurden in der Türkei ansprechen. Sie stellten allerdings dabei die für uns unglaubliche Behauptung auf, es gäbe „bisher ... keine Anhaltspunkte dafür, daß Kurden in anderen Teilen der Türkei generell keine zumutbare Zuflucht finden können und damit landesweit in eine ausweglose Lage geraten".

Eine solche „inländische Fluchtalternative" gibt es für Kurden innerhalb des türkischen Staatsgebietes nicht:

- der türkische Staat verbietet die kurdische Sprache, Literatur, Kunst in der gesamten Türkei,
- in Kurdistan führt die türkische Armee Krieg gegen das kurdische Volk insgesamt (die Menschenrechte sind für die kurdischen Provinzen offiziell suspendiert) - in der westlichen Türkei schießen Polizei und Militär auf demonstrierende Arbeiter und Arbeiterinnen (Zuletzt gingen Polizei und Militär am 3. und 6. Januar 1991 mit Waffengewalt gegen streikende Bergarbeiter vor).
- selbst Irakische Kurden. die seit den Giftgaseinsätzen des Irak in die Türkei geflüchtet sind, werden dort nicht als Flüchtlinge anerkannt.Nach Aussagen von medico international hat die Türkei, vom UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge zur Verfügung gestellte Gelder für den Bau von Siedlungen für die Kurden nicht abgerufen und verweigert Ausländern den Zutritt zu den Lagern.

3. Sie verweisen uns darauf, daß jedes Asylverfahren in der BRD von unabhängigen Richtern nach einer individuellen Fallprüfung entschieden wird.Sie verweisen ferner darauf, daß diesen Richtern auch Informationen über Folterungen und Menschenrechtsverletzungen vorlägen. Allerdings zeigen zum Beispiel die Urteilsbegründungen der verschiedenen Instanzen im Fall Cemal A., daß Bundesdeutsche Gerichte Folterungen und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, lediglich als entweder von der „südländischen Mentalität" bedingt, oder als individuelle Auswüchse ansehen.

Wir stellen dagegen: In der Türkei werden permanent systematisch die Menschenrechte durch Polizei, Militär und Justiz verletzt. In der Türkei wird seit Jahren systematisch gefoltert. Deshalb Deshalb ist die individuelle Prüfung jedes/r Asylbewerber/in und damit die Pflicht jede Verfolgung und Folterung individuell zu beweisen eine reine Schikane mit Abschreckungscharakter.

Kurdinnen und Kurden muß generell Asyl gewährt werden!

Wir fordern von Ihnen, sich dafür auch auf Bundesebene einzusetzen. Eine halbjährige Aussetzunge der Abschiebung von Kurden und Kurdinnen, wie schon für afghanische und libanesiche Flüchtlinge erlassen, wäre ein erster Schritt.

Wir fordern Sie auf, uns schnellst möglich ihre Antwort auf diesen Brief zukommen zu lassen.
Darüberhinaus wären wir sehr daran interessiert zu erfahren, was sich aus den Gesprächen zwischen Bundes- und Ländervertretern bezüglich dem weiteren Umgang mit Kurdinnen und Kurden ergeben hat und weiter ergeben wird.

UWE GREVE - IN DER BRAUNZONE ZWISCHEN CDU UND FASCHISTEN

Als „recht erfolgreichen Autor" stellten die „Kieler Nachrichten" ihn im November letzten Jahres vor: Uwe Greve, im Januar 1987 als Bundestagskandidat für die CDU angetreten. Fein säuberlich wird dort unter der Überschrift „Von der Politik zum Schreiben" das schriftstellerische Schaffen dieses Mannes aufgeführt - bis hin zu seinem „Lehrbuch der politischen Redekunst", das von dem Kieler Keim-Verlag herausgegeben wird. Dieser ist offensichtlich so klein, daß ihn weder das Telefonbuch noch die Gelben Seiten verzeichnen. Gut recherchiert möchte mancher Leser seiner täglichen Morgenzeitung meinen. Doch weit gefehlt.

Unerwähnt bleiben zunächst einmal die Beziehungen Greves zu dem als Neofaschisten weit über Kiel hinaus bekannten Dietmar Munier, der in der Wilhelminenstraße nach wie vor seine „Buchhandlung am Dreiecksplatz" betreibt und seinen Verlagsgeschäften nachgeht. Und in eben diesen Verlagen hat Greve zwei Bücher veröffentlicht: schon 1986 den Bildband „Ostpreußischer Sommer" und im letzten Jahr im ARNDT-Verlag die Schrift „Lager des Grauens".

Mit Werbeanzeigen für das letztere hat Munier monatelang im „Ostpreußenblatt" für sein Verlagsprogramm neue InteressentInnen zu gewinnen versucht. In den Reihen der Leser und Leserinnen dieses Wochenblattes ist Greve kein Unbekannter. Seine Serie aus dem stramm rechten „Deutschland-Magazin" über die neuen Bundesländer auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bringt das Revanchistenblatt in der Sparte „Mitteldeutschland" und fördert damit eine Sprachregelung, auf die alle bundesdeutschen Faschisten großen Wert legen.

Diese bieten in ihren Buchdiensten nicht nur Greves Buch „Lager des Grauens" an; in der rechtsextremen Monatszeitschrift MUT, seit ihrer Gründung herausgegeben von dem ehemaligen NPD-Bundestagskandidat Bernhard C. Wintzek, veröffentlichte Greve im Frühjahr 1989 einen Aufsatz, in dem er u.a. Elitebildung und eine Rückkehr zum früheren Geschichtsunterricht fordert. Als das Ziel einer weitgehenden Neugestaltung der Lehrpläne hat Greve die Verbreitung von „Geschichte und Kultur Mittel- und Ostdeutschlands" im Sinn. So heißt es jedenfalls anläßlich seiner Wahl zum Vorsitzenden der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in Schleswig Holstein (OMV) im Mai 1990.

Ende 1990, als sich mit dem vollzogenen Anschluß der DDR für einige Mitglieder der OMV die Frage nach der weiteren Existenzberechtigung dieser Organisation stellt, versucht Greve ihnen auf einer Versammlung im Kieler „Hotel Consul" die Weiterarbeit schmackhaft zu machen: neben der Betreuung der „Auslandsdeutschen", die aus der Sowjetunion und Rumänien in die Bundesrepublik einwanderten, sei die „Rückgewinnung Ostpreußens" gar nicht so unwahrscheinlich und damit weiterhin ein zentraler Arbeitsschwerpunkt. Besondere Bedeutung habe zukünftig auch die Verhinderung eines multikulturellen Europa und die Unterstütz-ung des VDA (Verein für das Deutschtrum im Ausland e.V.).

Mit einer eigenen Schriftenreihe und einer Kampagne zur Gewinnung neuer Mitglieder will Greve, der auf der Jahreshauptversammlung der Kieler OMV auch gegen die „Vergangenheitsbewältigung eines Richard von Weizäcker" zu Felde zog, das Gewicht der OMV in der CDU erhöhen.

Mitte Februar scheiterte er nur knapp gegen Peter Bendixen bei der Wahl zum neuen CDU-Kreisvorsitzenden:

112 Stimmen für diesen Mann werfen dennoch ein deutliches Licht auf die Akzeptanz der von Greve vertretenen Positionen in der Kieler CDU.



„DEUTSCHE ALLIANZ" TRÄUMT VON

Gründung der neuen Samm

Geteilte

„Wir sind die Partei der nationalen Sammlung". Etwa 400 Anhänger spenden Harald Neubauer in der Münchner Gaststätte „Waldheim" tosenden Applaus. Der ehemalige bayerische „Republikaner"-Vorsitzende hat am 19. Januar seine Ankündigung kurz nach seinem Ausschluß aus der Schönhuber-Partei wahrgemacht. Er hat mit der „Deutschen Allianz - Vereinigte Rechte" (DA) eine neue Organisation gegründet, die sich anschicken will, eine „Sammlungsbewegung nationaler Patrioten" zu werden. Die Fäden in dem neuen Verein, der sich Ende des Jahres als Partei konstituieren will, ziehen ehemalige führende Funktionäre der „Republikaner" und der NPD. Neben Neubauer sitzen der ehemalige baden-württembergische NPD-Landesvorsitzende Jürgen Schützinger und der Oberpfälzer Rechtsanwalt Wolfgang Pauli als Vertreter bislang parteiunabhängiger Rechter im Gründungsvorstand.

Zu der Gemeinschaftsveranstaltung unter dem Motto „Ganz Deutschland den Deutschen" hatte die DA für den 120. Jahrestag der Bismarckschen Reichsgründung nach München „alle national, freiheitlich und demokratisch gesinnten Mitbürger" eingeladen. Gekommen sind insbesondere NPD- und „Republikaner"-Anhänger, aber auch eine Fraktion der militanten „Nationalistischen Front" aus Bielefeld. Daß die DA in weiten Teilen der Rechten zum Hoffnungsträger geworden ist, beweist die Zusammensetzung des Podiums. Neben Peter Dehoust, Herausgeber der rechtsradikalen Monatszeitschrift „Nation +Europa", Karl Richter, Chefredakteur der „Deutschen Rundschau" und den Ex-"Republikaner"-Mandatsträgern Peter Recknagel (München), Franz Glasauer (Regensburg) und Markus Beisicht (Köln) sitzen der ehemalige langjährige NPD-Vorsitzende Martin Mußgnug und sein Stellvertreter Schützinger in der ersten Reihe auf dem Podium. Die ehemalige kommissarische „Republikaner"-Bundesvorsitzende Johanna Grund, der nationalrevolutionäre Publizist Wolfgang Strauss, der Frankfurter NPD-Fraktionsvorsitzende Winfried Krauß und der Ostberliner Professor Alfred Keck von der Humboldt-Universität sind als Ehrengäste vertreten.



Nationalrevolutionär Wolfgang Strauss

PERSONELLES

Neubauer kündigte nach einem Grußwort von Wolfgang Strauss an, daß die DA bis zur nächsten Bundestagswahl „kontinuierliche Aufbauarbeit" leisten wolle, um dann die Wahlschlappe vom 2. Dezember auswetzen zu können. Neubauer, der vor seinem steilen, von „Republikaner"-Chef Schönhuber lange geförderten Aufstieg bei den „Republikanern" die NPD wegen „Linkstendenzen" verließ, um fortan für den Vorsitzenden der „Deutschen Volksunion", Gerhard Frey, zu arbeiten, sprach vom „baldigen Zerfall" der „Republikaner". Bereits jetzt könnte sich die DA „kaum mehr vor ausgefüllten Aufnahmeformularen retten". Er rechnet damit, daß knapp 5.000 der verbliebenen 6.000 bayerischen „Republikaner"-Mitglieder den Weg zur DA finden werden. Starke Hoffnungen setzt Neubauer auch in das CSU-Ziehkind „Deutsche Soziale Union". Die Kontakte laufen dabei insbesondere über Berliner DSU-Funktionäre und den Landesgeschäftsführer der DSU in Thüringen, Dr. Göbel. Der DSU-Wahlkampfleiter Bernd Witte hatte bereits den Gründungsaufruf unterzeichnet. Die DA, so Neubauer, stehe zudem in Kontakt mit führenden Funktionären der DVU in Nordrhein-Westfalen.

Neubauers Traum von einer „Vereinigten Rechten" wird insbesondere von der führenden Garde der NPD geteilt. Jürgen Schützinger, stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender, wurde in München für sein Vorgehen in Villingen-Schwenningen gefeiert. Dort hatten sich die drei NPD-Stadträte mit den beiden „Republikanern" zu einer Fraktion der „Vereinigten Rechten" zusammengeschlossen, um damit „ein rechtes Signal" zu setzen, das „bundesweit zu verstehen" sei. Schützinger kündigte an, in Regensburg eine Gegenveranstaltung zu der traditionellen Aschermittwochsveranstaltung der „Republikaner" in Cham zu organisieren ganz nach der Devise „Wir sind das Volk innerhalb der rechten Bewegung". Auch der im Dezember zurückgetretene NPD-Bundesvorsitzende Martin Mußgnug wetterte gegen den Alleinvertretungsanspruch der „Republikaner" im rechten Lager. Gegen eine „Aufsplitterung der Rechten" setzte er die „geballte Kraft der Patrioten". Die Stoßrichtung der DA müßte gegen multikulturelle Tendenzen, gegen die „Überflutung durch Ausländer und fettgefressene Zigeunerbosse" und gegen den „american way of life" sowie für eine „neue Sozialordnung" gerichtet sein. Es wäre an der Zeit, das „Nationale mit dem Sozialen" zu verbinden, nur so könne „eine Bewegung aus allen anständigen, deutschen Patrioten" entstehen.

PROGRAMMATISCHES

Das Programm der DA liest sich über lange Passagen wie das alte „Republikaner"-Parteiprogramm. Unter der Überschrift „Eine neue Zeit - Eine neue Kraft - Ein neues Programm" rangiert an erster Stelle die Forderung, Deutschland solle „das Land der Deutschen, ihrer Kultur und Lebensumwelt" sein. Die DA kritisiert die „Überfremdungspolitik der Bonner Parteien" und macht Ausländer und Flüchtlinge für den „Verfall der Inneren Sicherheit", die „Drogenkriminalität und das organisierte Verbrechen" verantwortlich. Mit „rigorosen Zuzugsbeschrän-

DER VEREINIGUNG DER RECHTEN

lungsbewegung in München -
es Echo.

kungen für Ausländer" und sofortiger Abschiebung von „Wirtschaftsflüchtlingen" soll der „Ausländeranteil in Deutschland gesenkt" werden. Die DA tritt für eine „am Gemeinwohl orientierte soziale Marktwirtschaft" ein. Dabei müsse die „Sicherung der Lebens- und Überlebensmöglichkeiten der Gemeinschaft Vorrang vor Gruppenegoismus und übersteigertem Individualismus" haben. Sie bekennt sich zu den „abendländischen Traditionen der deutschen Geistesgeschichte" und lehnt sowohl die „kulturelle Überfremdung durch westliche One-world-Kulturimporte" ab, als auch einen „lebensfremden, wertneutralen Über-Individualismus und alle Spielarten eines schöpfungsfeindlichen, nivellierenden Materialismus". Deutschland solle aus der NATO austreten und die Westintegration lösen, denn „unser von Geschichte und Geographie vorgegebener Standort in der Welt ist der eines mitteleuropäischen Ordnungs- und Sta-bilitätsfaktors".

Als intellektuelles Flaggschiff der DA soll die Zeitschrift „Nation" dienen. Dieses „politische Magazin für Deutsche" wird von dem Ex-"Republikaner" Adrian Preißinger herausgegeben. Im Redaktionskollegium sitzt der bayerische NPD-Pressesprecher Karl-Heinz Sendbühler. Als Anlaufadresse der DA fungiert der ehemalige „Republikaner"-Parteiverlag „RVG Verlags GmbH" in Landshut mit den Gesellschaftern Harald Neubauer und Franz Glasauer an der Spitze. In diesem Verlag erscheint auch die Parteizeitung „Deutsche Rundschau" (Auflage 30.000).

STOLPERSTEINE

Doch dem Wunschtraum von Neubauer, Mußgnug, Dehoust und anderen von einer Vereinigung der Rechten als „Startschuß für eine neue politische Offensive für Deutschland" stehen derzeit schon viele Hürden im Wege. So wendet sich der NPD-Pressesprecher Karlheinz Vorsatz vehement gegen eine Auflösung der NPD, trotz deren prekärer finanzieller Situation. Demnach steht der NPD nach dem Wahldebakel und der daraus resultierenden Rückzahlungsverpflichtung von Wahlkampfkostenvorauszahlungen in Höhe von 750.000 DM vor dem Ruin. Vorsatz kritisiert das vorschnelle Engagement von Mußgnug und Schützinger für die DA und macht auch keinen Hehl daraus, daß innerhalb der NPD vehement Vorbehalte gegen die ehemals von der NPD zu den „Republikanern" übergewechselten Neubauer und Glasauer bestehen. Während er der DA „keine Chance" gibt, warnt der amtierende NPD-Bundesvorsitzende Walter Bachmann in der „Deutschen Nationalzeitung" vor der Gründung eines neuen Vereins. Eine „weitere Zellteilung" berge die Gefahr in sich, „nicht mehr reparablen Schaden anzurichten". Während Frankfurts NPD-Fraktionsvorsitzender Krauß in der „Nation+Europa" schon von einem „ehrlichen Bündnis zwischen Nationalen und Konservativen" träumt, plädiert Bachmann für eine „Normalisierung" der Beziehungen der rechten Parteien, um über ein „geregeltes Nebeneinander" zu einem „späteren Miteinander bei Wahlen" zu kommen. Das sei das „Gebot der Stunde".

Doch auch dieser Version erteilen die einschlägigen Matadoren harsche Absagen. „Republikaner"-Schönhuber will mit seiner Distanzierung von NPD, DVU und anderen entsprechenden Parteien und Gruppierungen „endlich aus dem rechtsradikalen Ghetto herauskommen" und hält die DA für einen „Lumpensammler und schlechten Witz". Und der DVU-Vorsitzende Frey meldet in jeder Ausgabe der „Nationalzeitung" seinen Führungsanspruch im rechten Lager an. Nachdem das Wahlbündnis zwischen DVU-Liste D" und NPD mit der ersten gesamtdeutschen Wahl ausgelaufen ist und die NPD mit 0,3 Prozent eine klare Schlappe erlitten hat, versucht es Frey wieder allein. Sein Augenmerk ruht auf der Landtagswahl in Bremen im September. Dort hofft er, seinen Erfolg mit je einem Abgeordneten in Bremen und Bremerhaven mit einem immensen Finanzaufwand wiederholen zu können. Auch bei den rechtsintellektuellen Gruppierungen beißt die DA derzeit noch auf Granit. „Endlich: wieder eine neue Partei" schreibt ironisch Dieter Stein, Chefredakteur der „Jungen Freiheit" (Auflage 30.000). Die JF versteht eine authentische neue Rechte denn auch nicht als Partei, sondern als „Denkgemeinschaft und Neue Kultur, die über ihre Publizistik und Zirkel Ideologie des Widerstands gegen Liberalismus, den egalitären Marxismus und Christentum" liefert. In dieser Zielrichtung ist auch der am 3. November in Koblenz stattgefundene Kongreß „Initiative Deutschland 90" zu verstehen, zu dem die Zeitschriften „Junge Freiheit", „Europa" und „Wir selbst" aufgerufen hatten. Dort ging es darum, Kommunikationsstrukturen zu schaffen, neue Technologien zu nutzen und eine aufgeschlossene Haltung gegenüber Teilen der Linken zu zeigen und zu propagieren. In dieses Konzept paßt die DA ganz und gar nicht.

(Diesen Artikel von Bernd Siegler entnahmen wir dem „Blick nach rechts" vom 28.1.91. Die Zwischenüberschriften wurden von uns eingefügt.)

Brandanschläge gegen türkische Mitmenschen in Kaltenkirchen

Einschätzung zu den Ereignissen, Hintergründen und Reaktionen

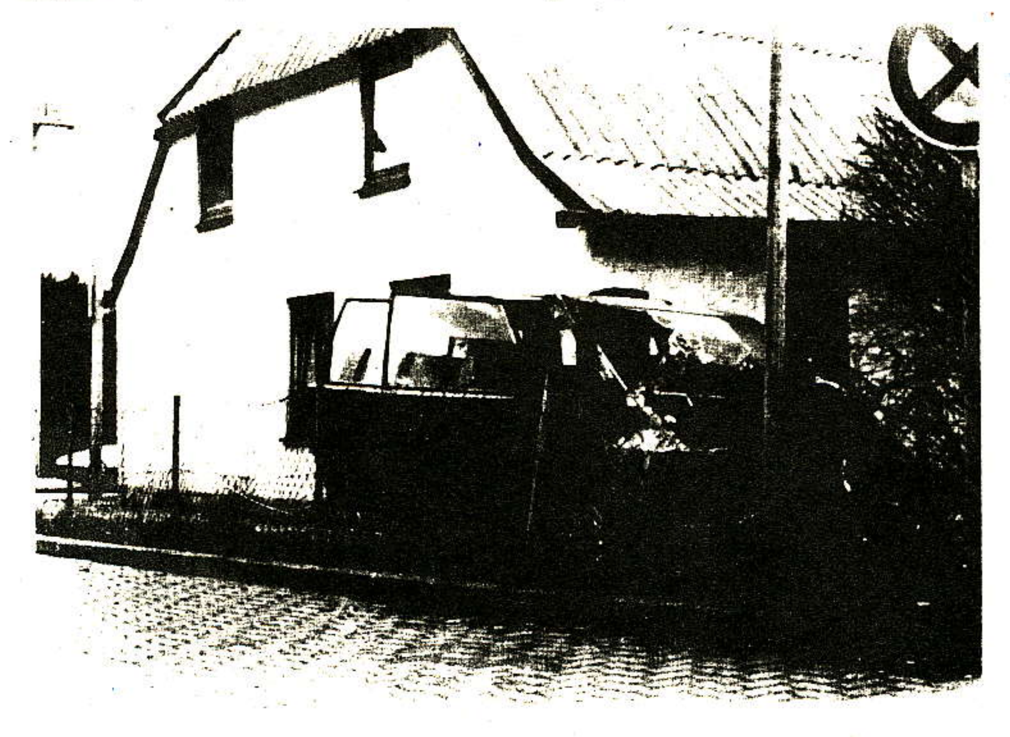
UnterüberschriftIn Kaltenkirchen, einer 13000 Einwohner zählenden Kleinstadt im Kreis Segeberg, gab es Ende Dezember innerhalb einer Woche fünf Anschläge auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft und auf Autos von türkischen Mitmenschen:

Am Dienstag, den 18.12.1990 wurde in der Nacht beim türkischen Lebensmittelgeschäft in der Bahnhofstrasse die Reklametafel angesteckt. In der darauffolgenden Nacht schlugen Unbekannte die Schaufensterscheibe des Ladens ein und versuchten ihn mit einem Molotowcocktail in Brand zu setzen. Der Brandsatz zündete zum Glück nicht; das Feuer hätte schnell auf die direkt angrenzenden Wohnhäuser übergreifen können. In der Nacht zum Samstag wurde erneut das Schaufenster eingeschlagen und schon eine Stunde nachdem die Scheibe provisorisch repariert war noch einmal. Kurz danach wurde vermutlich von denselben Tätern ein Kleinbus auf dem Grundstück einer türkischen Familie in der Hamburger Strasse angesteckt, der völlig ausbrannte. Das Feuer konnte gelöscht werden, bevor die Flammen auf das Wohnhaus übergriffen. Am 24.12.1990 wurde in der Nacht auch noch das Auto der HausbewohnerInnen angezündet.

Über diese Anschläge wurde in der regionalen Presse nur sehr beiläufig berichtet. In der Ausgabe der Norderstedter Zeitung vom 27.12. wurden die Anschläge nach Aussagen der Polizei rivalisierenden türkischen Gruppen zugeordnet. Von den Betroffenen haben wir jedoch erfahren, daß ein solcher Konflikt zwischen türkischen Gruppen auszuschließen ist. Derartige Falschmeldungen sind gefährlich, da durch sie schnell über die wirklichen Hintergründe der Anschläge nicht weiter nachgedacht wird, eine Solidarität mit den türkischen Menschen erschwert wird und Ausländerfeindlichkeit und Rassismus Vorschub geleistet wird.

Auf dem Hintergrund der Desinformation der Menschen in unserer Region entschlossen wir uns, mit einem Frugblatt, das wir in der Stadt verteilten, Gegenöffentlichkeit zu schaffen und ein solidarisches Verhalten einzufordern. Erst dieses Flugblatt führte in der Presse dazu, die Hintergründe der Anschläge weiter zu hinterfragen.

Für uns gibt es keinen Zweidel, daß die Anschläge, bei denen der Tod von Menschen in Kauf genommen wurde, von ausländerfeindlichen Tätern verübt wurden. Die Anschläge reihen sich ein in eine Serie von Übergriffen durch Nazi-Skinheads und Hooligans auf ausländische Menschen, bekannte AntifaschistInnen, offensichtliche Linke und andere Jugendliche. So kommt es in unserer Region (Kreis Segeberg/Pinneberg) seit über einem Jahr immer wieder besonders entlang der AKN-Bahnstrecke zu Überfällen von Faschisten mit z. T. schweren Verletzungen, werden „Rock gegen Rechts" -Konzerte und antifaschistische Treffpunkte angegriffen, Feten aufgemischt und fast jedes Wochenende Menschen auf der Straße zusammengeschlagen oder bedroht.



Auch in Kaltenkirchen verhielt sich die Polizei in gewohnter Weise; sie zeigte kein Interesse nach den anfänglichen Anschlägen weitere zu verhindern und beschränkte sich auf eine oberflächliche Spurensicherung. Daß die Täter bisher nicht ermittelt wurden, ist eine logische Konsequenz aus dem Verhalten der Polizei, das im krassen Gegensatz zur Betriebsamkeit bei Ermittlungen gegen AntifaschistInnen steht.

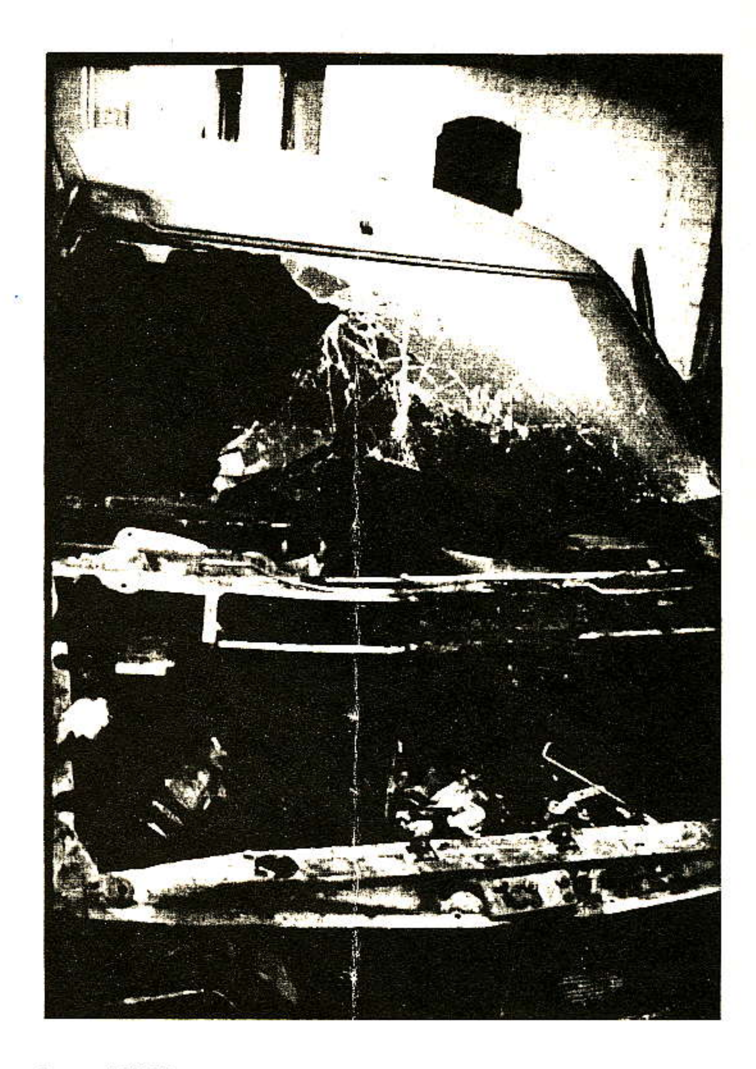
Von der Stadtvertretung gab es zu den Ereignissen eine absolut dünne Stellungnahme, die nicht darüber hinausging, Mitgefühl und Mitleid zu heucheln. Gegen die ausländerfeindlichen Tendenzen klar Stellung zu beziehen, wurde vermieden - nicht zuletzt mit der Behauptung, daß die Täter vermutlich nicht aus Kaltenkirchen kämen.

Dieses Verhalten der Parteien und StadtvertreterInnen hat uns nicht überrascht, ist es doch der Staat, der

selbst Rassismus in Form des neuen Ausländergesetzes und seiner Abschiebepraxis von AsylantInnen betreibt.

Nach der sogenannten „Wiedervereinigung" schlagen die Wellen des Nationalismus wieder höher. Diese Stimmung in der Bevölkerung gibt den Faschisten Rückendeckung für immer massiveres und aggressiveres Auftreten. Für soziale Probleme und Konflikte, die aufgrund von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Abbau der sozialen Leistungen besonders in der ehemaligen DDR entstehen, müssen mal wieder „Sündenböcke" herhalten, damit sich der Unmut nicht gegen die wirklich Verantworltichen richtet und die Loyalität der Menschen gegenüber dem Staat aufrechterhalten bleibt.





Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten!
Gegen Sexismus, Rassismus, Faschismus, Nationalismus!
Die Antifaschistische Selbsthilfe organisieren!
Hoch die Internationale Solidarität!

Antifa-Kaltenkirchen

Rechtsradikale BGS-Ausbilder

Als im November 183 Polizeihauptwachmeister-AnwärterInnen ihren Amtseid ablegten, kam es vor der Hansehalle zu einer Protestaktion. Angehörige der „Jungen Gruppe der Gewerkschaft der Polizei" wiesen ihre neuen KollIegInnen in einem Flugblatt auf die Durchsetzung ihrer Ausbildungsstätte mit Führungskräften der rechtsradikalen Republikaner hin.

In der Tat kandidierten der zweite Führer der „2. Hundertschaft des BGS Küste 1" an der Schwartauer Allee, Thomas Schröder, Zugführer Reinhard Mendig, Hilfslehrer Peter Jürgensen und Gruppenführer Frank Borchers allesamt auf der Landesliste der Rep`s. Ein Disziplinarverfahren gegen Schröder, eingleitet aufgrund des Fundes rechtsradikaler Schriften bei dem Hundertschaftsvize, war eingestellt worden, da Schröder angab, sich aufgrund seiner politischen Tätigkeit mit solchen Schriften befassen zu müssen. Auch eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Freimut Duve an das zuständige Bonner Ministerium, ob von Schröder keine Gefahr für die Unterwanderung der Polizei durch Rechtsradikale ausgehe, wurde mit dem Hinweis darauf beantwortet, daß Schröder derzeit nicht als Ausbilder und Lehrer arbeite.

Die Mitglieder der „GdP - Junge Gruppe" bezweifeln dies. Schröder und seine Parteikollegen seien immer wieder in der Ausbildung tätig, besonders im Bereich der Staatsbürgerkunde, u. a. Demonstrations- und Asylrecht. Außerdem wissen sie zu berichten, daß im Gegensatz zu Gewerkschaftspublikationen, die immer wieder eingesammelt würden, Rep-Pamphlete ständig im Umlauf seien und auch in Dienstmappen zu finden sind.

Die Bedenken der „Jungen Gruppe" gegenüber Schröders Umtrieben bestätigt dieser indirekt, wenn er der Zeitschrift „Tempo" berichtet:"Ein Drittel der BGS-Beamten unterstützt die Republikaner - als Mitglied oder durch Spenden".

Einstellung statt Freispruch

Nach einjähriger Dauer ist das Ermittlungsverfahren gegen den Lübecker Antifaschisten Robert W. wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung usw. eingestellt worden, weil „Ihre Schuld als gering anzusehen wäre und kein öffentliches Interesse an einer Verfolgung besteht.

Erinnern wir uns: Am 2.12.1989 wurden die Redaktionsräume der LN von Lübecker AntifaschistInnen besetzt, um den Abdruck einer politischen Todesanzeige durchzusetzen. (Es handelte sich hier um die Studentin Conny W., die am 17.11.1989 in Göttingen von Polizeibeamten auf eine stark befahrene Straße und damit in den Tod getrieben wurde.)

Im Verlauf dieser Aktion wurde Robert W. ohne ersichtlichen Grund festgenommen und auf die Mengwache gebracht. Dort wurde versucht- teils mit Beleidigungen teils mit körperlichen Mißhandlungen (mehrfach Fußtritte in die Nierengegend, Reißen in den Haaren usw.) - Aussagen von Robert W. zu erzwingen.

Die Einstellung des Verfahrens gegen ihn ist ein politischer Erfolg. Gute Öffentlichkeitsarbeit vom „Bündnis gegen Rechts" und der Roten Hilfe war hier von entscheidender Bedeutung.

Es gab u. a. Flugblätter, einen Besuch im Innenministerium und eine Podiumsdiskussion zu verschiedenen Vorfällen auf der Mengwache (die AZ berichtete in Heft 1/90).

In diesem Zusammenhang muß auch noch auf einen weiteren Vorfall hingewiesen werden, der sich am 16.6.1989 im Anschluß an die Behinderung einer DVU-Kundgebung auf dem Lübecker Marktplatz ebenfalls in der Mengwache ereignete.

Weiterer Vorfall auf der Mengwache Zwischenüberschrift

Nachdem zwei Gewerkschafter von der IG-Metall-Jugend festgenommen und zur Mengwache gebracht worden waren, wollten sich zwei Bürgerschaftsabgeordnete der SPD-Fraktion nach den Gründen für die Festnahme und den vorangegangenen brutalen Knüppeleinsatz erkundigen. Eine Auskunft bekamen sie nicht, stattdessen wurden sie auf übelste Weise beleidigt. („Sie sind ja alkoholisiert!", „Die wollen eine Falschaussage machen!")

In diesem Fall kam die Staatsanwaltschaft nicht umhin, Anklage gegen die betreffenden Polizisten zu erheben, da es sich bei den beiden SPD-Bürgerschaftsabgeordneten um Personen des öffentlichen Lebens mit direktem Draht zur Landesregierung handelte. Im Juli 1990 wurde ein Beamter dann auch zu 700,-DM Geldstrafe verurteilt.

Daß es in dem Verfahren gegen Robert W. zur Einstellung gekommen ist, zeigt die taktische Herangehensweise der Staatsanwaltschaft. Sie kehrt diese Geschichte unter den Teppich, da ja im Falle einer Anklageerhebung wieder mit Öffentlichkeitsarbeit Lübecker AntifaschistInnen zu rechnen wäre.

Bleibt abzuwarten, wie das Verfahren gegen die Polizeibeamten wegen Körperverletzung und Beleidigung weitergeht, das Robert W. angestrengt hat. Hier sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen.

Aber außer dem Geschädigten selbst gibt es keine Personen, die diese Mißhandlung bestätigen, da Polizisten sich nur höchst selten gegenseitig belasten. Eine Krähe hackt eben der anderen kein Auge aus.

aus AZ 1/91



Buchvorstellung:

„Thule Seminar - Spinne im Netz der Neuen Rechten"

„Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, daß sie nicht mehr ins Klischee der Ewig.Gestrigen passen (..). In der Fremdarbeiterfrage etwa erntet man mit der Argumentation 'Die sollen doch heimgehen' nur verständnisloses Grinsen. Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: Dem Großkapital muß verboten werden, nur um des Profites willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nichtzur Arbeit, sondern die Arbeit zum Menschen gebracht werden. Der Sinn bleibt der gleiche: 'Fremdarbeiter raus'. Die Reaktion der Zuhörer aber wird grundverschieden sein."
(Thora Ruth, in La Plata Ruf)

Der Kasseler Arbeitskreis „Neue Rechte" hat im vergangenen November ein ca. 70-seitiges Buch über das in der Öffentlichkeit relativ unbekannte „Thule Seminar" herausgegeben. Um es vorweg zu sagen: der Name dieser Gruppierung mag zunächst für Menschen die sich bisher noch nicht weiter mit der sogenannten Neuen Rechten beschäftigt haben recht exotisch klingen. Trotzdem ist dieses Buch oder Broschüre kein Buch für „Experten". Vielmehr wird anhand des 1980 in Kassel um den in Frankreich geborenen Pierre Krebs gegründeten Thule Seminars dargestellt wie heute - erfolgreich - rechtsradikale Ideologie geformt und gestreut wird.Enttäuscht werden allenfalls diejenigen sein, die seit längerem schon in antifaschistischen Zeitschriften die Entwicklung in der Rechten Szene zwischen der offen terroristischen faschistischen Bewegung und der CDU beobachtet haben. Für diejenigen wird dieses Buch kaum neues enthalten: ein größerer Teil des Buches macht nämlich die Darstellung und Dokumentation eines Artikels des Arbeitskreises „Neue Rechte" in der Kasseler Stadtzeitung und die folgende juristische Auseinandersetzung mit Krebs aus. Einige der Artikel sind also schon einmal erschienen.

Das Thule Seminar selbst erscheint zunächst widersprüchlich:
Einerseits bezieht sie ihren Namen von der 1918 gegründeten Thule Gesellschaft. Diese war eine Vorläuferorganisation der NSDAP. Mitglied durfte nur werden wer für drei Generationen seine arische Herkunft beweisen konnte. Die Thule Gesellschaft und ihr Umfeld formte denn auch Männer wie Adolf Hitler, Rudolf Heß, Hermann Göring, Heinrich Himmler, Julius Streicher, Alfred Rosenberg... .

Andererseits hat das heutige Thule Seminar und seine Ideologie äußerlich nichts mit denjenigen zu tun, die sich noch heute auf die NSDAP, SS etc. berufen. Hier sind keine vierkantschlüsselköpfigen Skins und oder tattrige „ewiggestrige" Greise mit Hindenburg-Haarschnitt am Werk. Auch keine Schreihälse die à la Schönhuber die Lufthoheit über den Stammtischen zurückerobern wollen. Angetreten ihre Ideologie in die Breite zu tragen, sind allerdings smarte Typen wie Pierre Krebs die kapiert haben, daß sich im größeren Rahmen heute, mit Parolen wie „die Auschwitzlüge" kein Blumentopf gewinnen läßt. Deshalb greift das Thule Seminar in seiner Zeitung „Elemente" lieber Theoretiker wie den von den Faschisten ermordeten (!) Antonio Gramsci auf, und verdreht Versatzstücke seiner Theorien, bis sie ins eigene Weltbild passen. Während Gramsci jedoch fordert, die Arbeiterklasse müsse zunächst die kulturelle Selbstbestimmung gewinnen, bevor sie die politische Macht erobern könne, ersetzt „Thule" Arbeiterklasse mit „Volksgemeinschaft" und strickt dies ins eigen rassistische Weltbild ein.

Im weiteren werden die Verbindungen der Thule-Mitglieder zu anderen Gruppierungen geschildert. Der eine Draht geht zur Neuen Rechten in Frankreich, Belgien und England. In der BRD bestehen Verstrickungen mit fast allen rechtsintellektuellen Zeitschriften (MUT, Criticon, Nation Europa). Da erhält aber auch schon ein Mitglied des Seminars 1200DM vom Ministerium Rita Süßmuts, oder Krebs einen Lehrauftrag an der Volkshochschule Kassel. Zusätzlich kommen Kontakte zum Nazi Zentrum der NF in Bielefeld, aber auch ins inernationale terroristische faschistische Lager. Hier bietet das Buch zwar keinen umfassenden Überblick, aber zumindest einen genaueren Einblick in Verstrickungen die in „ dieser unserer Republik" gar nicht so selten sind.

Ein Interessantes Buch auf jeden Fall für diejenigen, die sich in gut lesbarer Form einmal mit Denkansätzen und Kontakten der Neuen Rechten auseinandersetzen wollen.

Thule Seminar - Spinne im Netz der Neuen Rechten; Herausgeber: AK Neue Rechte Kassel; 7,-DM.



THULE SEMINAR:

- ❑ Geistige Wehrsportgruppe
- ❑ Ideologische »Erneuerer«
- ❑ Instrumentalisierung der nichtbehinderten weißen Frau
- ❑ Thule vor dem Bundestag
- ❑ Chronologie aller Auftritte

68 Seiten - 7,80 DM

Bezug: AK »Neue Rechte«, c/o Umweltzentrum, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel. Bezahlung nur mit Scheck oder bar, keine Briefmarken (Vorkasse). Antifa-Initiativen: 4,90 DM ab 5 Exemplare.

DM 2,-

1938:
nationalsozialistische Ausländerpolizeiverordnung
1965:
BRD-Ausländergesetz
1990:
Verschärfung des Ausländergesetzes

Gesetzlich verordneter Rassismus in ungebrochener deutscher Tradition.

Weg mit den Sondergesetzen gegen AusländerInnen

Wenn Deutsche ihre Einheit feiern und jubeln "Wir sind das Volk", ist nur ein Teil der hier lebenden Bevölkerung gemeint.
Denn das ist die Fanfare zur Eröffnung der Hatz auf alle "Nichtdeutschen", auf alle Andersdenkenden. Dann kennen sie wieder, wie vorm 1. Weltkrieg, "keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche" — eine "Volksgemeinschaft" vom Spiegel-Herausgeber Augstein bis zu REP-SSchönhuber.

Faschismus kommt nicht über Nacht von kleinen braunen Männchen aus dem All. Faschismus ist das Ergebnis von Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus im Dienst des Kapitals.

Nie wieder Deutschland!

BLEIBERECHT FÜR ALLE

